OSI ▷ ZEITUNG

Die Studierendenzeitung des Otto-Suhr-Instituts

kostenfrei / Sommersemester 2015 / Ausgabe 18 / www.osi-zeitung.de

Mit SPECIAL Psychotest: Wie LINKSEXTREM bist du?



Zwischen Transformation und Kontinuität

Was kommt nach dem "Arabischen Frühling"?

Fotos: KLARA HIPPLER









Intro

Liebe Leser_innen,

Ägypten fordert die Auslieferung des Journalisten Ahmed Mansur – der Islamische Staat und kurdische Einheiten kämpfen um die syrische Stadt Kobane – bei einem Anschlag auf ein Hotel im tunesischen Sousse werden zahlreiche Menschen getötet. Das sind nur drei aktuelle Meldungen, die vor allem eines zeigen: Der Begriff „Arabischer Frühling“, der 2011 unter Verkennung der regionalen Unterschiede und mit einem unangenehm eurozentrischen Beigeschmack von westlichen Medien geprägt wurde, ist in seiner fröhlichen Naivität den Ereignissen der vergangenen vier Jahre nicht angemessen.

Der Probleme des Begriffs sind wir uns bewusst – dennoch verwenden wir ihn mangels gängiger Alternativen in unserem Titel, um den Blick auf die Verhältnisse in drei Ländern zu richten, die vor vier Jahren als unerwartete Beispiele einer Transformation vom Autoritarismus zur Demokratie gefeiert wurden und heute illustrieren, dass jedes Pendel auch wieder in die Gegenrichtung ausschlagen kann. Veränderungen – zum Guten wie zum Schlechten, und das aus verschiedenen Sichtweisen, aber auch Kontinuitäten lassen sich in Tunesien, Ägypten und Syrien wie auch in anderen Ländern der Region erkennen.

Daneben geht es in dieser Ausgabe unter anderem um die kontroverse Linksextremismus-Forschung am Institut, um ausschließende Diskurskulturen am OSI, die ungleiche Bezahlung von Dozent_innen und aktuelle Entwicklungen in der Lehrkräftebildung.

Wir wünschen euch beim Lesen unserer 18. Ausgabe nicht nur Spaß, sondern auch Denkanstöße und wir freuen uns wie immer über eure Kommentare!

Eure OZ-Redaktion.

Inhalt

OSI titel

4 - **Interislamischer Machtkampf und globale Gefahr.** Der Islamische Staat
6 - **Vor in die Vergangenheit.** Ägypten unter al-Sisi
9 - **Projektionsfläche Islam.** Vortragsreihe des Frauen*referats
12 - **Die Waffen der Jasminrevolution.** Neue Medien in der tunesischen Revolution

OSI debatte

14 - **Denkst du noch oder redest du schon?** Diskurskulturen am OSI
16 - **Lehrbeauftragte.** Prekäre Arbeitsbedingungen im Bildungsbetrieb
18 - **„Berlin hält Jugendlichen Politik vor - und weiß das.“** Entwicklungen der Lehrkräftebildung
21 - **Wie linksextrem bist du?** Der Test

OSI kosmos

22 - **Uni-assist.** Diskriminierung und Chaos bei internationalen Bewerbungen

OSI extra

24 - **Studieren im Baltikum.** Erasmus in der estnischen Hauptstadt Tallinn
26 - **Let‘s Get Beyond Taboos.** LGBT-Forschungsprojekt in Ungarn
29 - **Einmischen und Mitmischen?** Die Denkfabrik Polis180

OSI historie

27 - **Kleine Geschichten der kleinen Häuser.** Die Villen der FU

Innerislamischer Machtkampf und globale Gefahr

Seit mehr als vier Jahren herrscht in Syrien ein blutiger Bürgerkrieg. Dieser hat jedoch erst durch die Gewalttaten des Islamischen Staates (IS) verstärkt internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Über die Gründe für die Anziehungskraft des IS und die Rolle regionaler und westlicher Akteure haben Simone Drews und Claudia Zink mit Gülistan Gürbey, Privatdozentin an der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients, gesprochen.

Während westliche Staaten den IS als zentrale Gefahr in der Region betrachten, weist etwa die Türkei auf die bestehende Gefahr durch Assad hin. Fixiert sich der Westen zu sehr auf den IS und vergisst dabei die Opfer der Gewalt des Assad-Regimes?

Nein, der Westen will nicht an zwei Fronten gleichzeitig den Kampf führen, zumal das Assad-Regime auch den IS bekämpft. Aus Sicht des Westens würde ein militärischer Sturz des Assad-Regimes ein Vakuum entstehen lassen, was durch den IS gefüllt werden und damit den IS zusätzlich stärken würde. Das will der Westen vermeiden. Deshalb ist er zum jetzigen Zeitpunkt gegen eine militärische Bekämpfung des Assad-Regimes, was aber die Türkei will.

Der IS übt eine hohe Anziehungskraft auf andere islamistische Gruppen aus - so hat sich etwa Boko Haram seiner Führung unterstellt. Die Zeit spricht sogar von einer „Islamistischen Internationalen". Wie beurteilen Sie diese Gefahr?

Der Begriff „Islamistische Internationale" ist jedenfalls nicht fehl am Platz im Sinne von einer globalen Gefahr. Denn die islamistische Gefahr ist längst keine regionale Gefahr mehr, sondern bereits eine globale Gefahr. Sie kennt keine nationalstaatlichen Grenzen, auch wenn der Begriff „Staat" in der Namensbezeichnung des IS Nationalstaatlichkeit suggeriert. Der IS strebt die Weltherrschaft in Form eines radikal-islamistischen Gottesreiches an. Je mehr der IS seinen Herrschaftsbereich mit grenzenloser Brutalität und Vernichtungs- und Propagandamaschinerie ausweitet, umso wirkungsvoller ist auch seine Anziehungskraft für andere islamistische Gruppen. Die Terrormiliz agiert global, ist grenzenlos hoch vernetzt und bedient sich der digital-technologischen Moderne. Auch wenn die „Islamistische Internationale" in erster Linie gegen die Errungenschaften der Moderne gerichtet ist, ist sie zugleich ein innerislamischer Machtkampf zwischen Sunniten und Schiiten; einer, der zwar nicht neu ist, der aber umfassend und radikal geführt wird und das Potential hat, zum 30-jährigen Krieg des Islam zu werden.

Die Linken-Politikerin Ulla Jelpke fordert ein stärkeres Engagement der Türkei bei der Begrenzung der Einreise ausländischer Kämpfer_innen nach Syrien. Inwieweit halten Sie diese Forderung für gerechtfertigt und realistisch?

Das ist eine wichtige und richtige Forderung. Die Türkei hat mit ihrer zwielichtigen Politik bezüglich des IS dazu beigetragen, dass Hunderte von Aktivisten problemlos die Grenze passieren und sich dem IS anschließen konnten. Nicht zuletzt hat die Türkei die islamistischen Gruppen logistisch und mit Waffen unterstützt, auch wenn die türkische Regierung dies nach wie vor strikt ablehnt. Jedoch gibt es genügend Berichte darüber, auf welchen Wegen diese Hilfeleistungen stattgefunden haben. Nur ein kontinuierlicher und konzertierter Druck auf die Türkei vermag zu wirken.

Die US-Regierung hat ein Kopfgeld auf vier ranghohe Mitglieder des IS ausgesetzt. Wie hoch schätzen Sie den Zentralisierungsgrad des Netzwerks ein – ließe sich durch eine gezielte Tötung der vier Anführer die Ausbreitung des IS bremsen?

Dies wäre zwar ein wichtiger Schlag gegen die Terrororganisation. Allerdings wäre damit noch keine endgültige Ausschaltung erreicht. Da die islamistische Gefahr eine grenzenüberschreitende, globale Gefahr ist, die eine Weltherrschaft anstrebt, wird der Kampf gegen sie noch viele Jahre dauern.

Der Journalist Hassan Hassan wirft in seinem neuesten Buch die Frage auf, wieso sich auch säkulare und gebildete Menschen vermehrt dem IS anschließen. Worin sehen Sie die Anziehungskraft dieser Gruppe?

Sie speist sich vor allem aus zwei Quellen: eine für viele attraktive Ideologie und die Machtvakuen in der arabischen Welt, die sie gezielt ausnutzen, so im zerfallenden Irak und Syrien. Die Wurzeln des IS reichen zwar zurück in die Zeit des Irakkrieges 2003. Doch erst der syrische Bürgerkrieg hat dem IS zum Durchbruch verholfen. Zuspruch hat er vor allem von marginalisierten Sunniten, ehemaligen Kadern der Baath-Partei, nicht zuletzt die Unterstützung von Förderern aus den Öl-Staaten. Die fundamentalistische Ideologie zielt auf die Errichtung eines radikal-islamistischen Gottesreiches mit allen Mitteln der Brutalität, Gewalt und Unterwerfung. Andererseits ist zu beobachten, dass Ideologien keine Bildungsgrenzen und Zugehörigkeiten kennen. Dies gilt auch für die fundamentalistische Ideologie des IS.



Privatdozentin Dr. Gülistan Gürbey

Die US-geführte militärische Allianz gegen den IS sieht die Terrormiliz nach Angaben der FAZ kurz vor dem Ende. Gleichzeitig hat sich das Einflussgebiet der Islamisten aber inzwischen bis an die libysche Mittelmeerküste ausgebreitet. Für wie wahrscheinlich halten Sie einen schnellen Erfolg des Militärbündnisses?

Einen schnellen Erfolg wird es wohl kaum geben, das ist in naher Zukunft unrealistisch. Höchstens kann eine begrenzte Zurückdrängung im regionalen Kontext erzielt werden. Luftangriffe allein werden nicht ausreichen. Umfassendere Strategien wären nötig, diese sind aber schwer zu vereinbaren angesichts der zahlreichen Stellvertreterkriege, die in Syrien und im Irak geführt werden. Hinzu kommt, dass der Vormarsch des IS zugleich eine neue Phase des innerislamischen Machtkampfes zwischen Sunniten und Schiiten einläutet. Dies könnte nicht nur einen 30-jährigen Krieg des Islam nach sich ziehen, sondern auch ein wirkungsvolles Handeln des Westens unterminieren. Deshalb ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass der Kampf gegen den IS noch lange Jahre andauern wird.

Die Zeitung „Die Welt" nennt den Widerstand der kurdischen Kämpfer gegen den IS im türkisch-syrischen Grenzgebiet einen "Stellvertreterkrieg für den Westen gegen die IS-Barbaren". Wie beurteilen Sie den Fortschritt der kurdischen Kämpfer und den Weg der Gewalt gegen Gewalt? Auf welche Art und Weise könnte und sollte der Westen oder auch die Türkei den Kurden Hilfe leisten?

Die Kurden leisten einen erbitterten Widerstand gegen den IS, weil der IS für die Kurden eine existentielle Bedrohung ist. Der IS hat die Kurden angegriffen und tut dies weiterhin. Deshalb können die Kurden nicht Däumchen drehen und abwarten. Sie haben gar keine andere Alternative, als sich militärisch dagegen zu wehren. Das muss zunächst einmal in aller Deutlichkeit festgehalten werden. Deshalb spielt es auch keine Rolle, ob hier ein Stellvertreterkrieg stattfindet oder nicht. Die Kurden müssen sich und ihr Land verteidigen. Allerdings brauchen sie direkte militärische Unterstützung, da sie nur über alte Waffensysteme verfügen. Darüber hinaus brauchen die Kurden dringend humanitäre Hilfe, da sie eine große Anzahl von Flüchtlingen aufgenommen haben und ihre Kapazitäten ohnehin begrenzt sind. Die Kurden sind die effektivste Kraft vor Ort, die den IS bekämpft und die zugleich säkular und prowestlich ausgerichtet ist. Ihr Kampf ist zugleich ein Beitrag zur regionalen Sicherheit, aber auch zu unserer Sicherheit hier. Das muss hier und regional Anerkennung finden und unterstützt werden. Die Kurden sind kein destabilisierende Faktor. Diese traditionelle Sichtweise hier im Westen, welche die Kurden a priori als destabilisierenden Faktor verortet und ihre historisch gewachsenen Autonomieforderungen negiert, muss endlich abgelegt werden. Der Zeitgeist erfordert längst eine neue Herangehensweise, welche die Kurden als Stabilitätsfaktor anerkennt und ihren berechtigten Anspruch auf Autonomie bis hin zur Unabhängigkeit neu bewertet und in die politischen Kalkulationen einbezieht.

Vor in die Vergangenheit

Anfang Juni dieses Jahres empfing die deutsche Bundesregierung den ägyptischen Präsidenten Abdelfattah al-Sisi in Berlin. Dieser wurde Ende Mai letzten Jahres mit über 90 Prozent gewählt. Macht hatte er schon lange vorher. In ägyptischen und amerikanischen Militärschulen ausgebildet, leitete er nach Mubaraks Sturz während des „Arabischen Frühlings" 2011 den Militärgeheimdienst und gehörte dem Oberkommando der Streitkräfte an, das unter dem Namen Oberster Militärrat (SCAF) nach dem Abgang Mubaraks die Macht im Land übernahm.

Von Tamara Pataki und Gesine Wittrich

Zu seinem Besuch in Berlin versammelten sich einige Hunderte Demonstranten im Regierungsviertel, welche zwei Gruppen bildeten – Pro und Contra Al-Sisi.

Ahmad hat gegen Al-Sisi demonstriert und erzählt aufgebracht, warum: „Al-Sisi ist kein Präsident, sondern ein Diktator. Die Wahlen, durch die er an die Macht gekommen ist, waren keine wahren, demokratischen Wahlen, denn es gab ja nur einen Gegner. Die Menschen wählten ihn aus Angst, denn politische Gegner werden in Ägypten massiv verfolgt. Über 40.000 von ihnen sitzen im Gefängnis, viele von ihnen werden zum Tode verurteilt. Das Zeichen, welches wir tragen, die Hand mit vier erhobenen Fingern, erinnert an das Massaker auf dem Rabia-Platz, wo am 14. August 2013 2.000 Protestierende von ägyptischen Sicherheitskräften unter der Führung Al-Sisis umgebracht wurden." Ahmad ist wegen dieser Entwicklungen aus Ägypten geflohen.



Demonstration während des Besuchs von Al-Sisi

Auf der anderen Seite herrscht ein ganz anderes Bild von dem neuen Präsidenten. Youstine und Fahdy kommen aus Ägypten, wohnen aber seit zwei Jahren in Köln. Auf die Frage, warum sie Al-Sisi unterstützen, antworten sie: „Die Muslimbrüder fördern den Streit zwischen Christen und Muslimen. Mursi wollte, dass Christen Muslime werden oder sterben. Deswegen muss Mursi sterben, er hat nichts für Ägypten getan. Al-Sisi möchte, dass Christen und Moslems zusammen harmonieren." Auf die Frage nach den vielen Toten bei Demonstrationen seit dem Sturz Mursis schütteln sie unwissend den Kopf.

Seit den Protesten des „Arabischen Frühlings" 2011 beherrschen Transformationen das Land, die vor allem auf die Veränderungen in der ägyptischen Gesellschaft zurückzuführen sind. Prof. Dr. Harders, Leiterin der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients, erklärt, dass nicht das Regime, sondern die Bevölkerung sich verändert hat. Die Proteste von 2011 verursachten wichtige Prozesse, wie Mobilisierung und Politisierung der Gesellschaft. Aber auch eine Polarisierung ist zu beobachten. Der Bruch zwischen islamisch und säkular eingestellten Bürgern wird zunehmend stärker.

Nach 18 Tagen anhaltenden Protests wurde am 11.02.2011 Mubaraks Rücktritt verkündet. Dies löste ein enormes Erfolgsmoment in den meisten Teilen der Bevölkerung aus. Neben den Protestierenden trug damals das Militär einen wichtigen Teil zum Erfolg der Proteste bei, indem es letztlich nicht eingriff.

"Aus transformationstheoretischer Sicht würde man sagen, die militärischen Eliten haben sich gespalten - die einen haben an Mubarak festgehalten, während die anderen ihn fallen gelassen haben. Hätten sie sich entschieden, Mubarak zu unterstützen, hätten wir ein unglaublich blutiges Szenario gehabt", so Dr. Harders.

Als direktes Ergebnis des Sturzes wurden Anfang 2012 Parlament und Präsident neu gewählt. Bei ersterer Wahl gingen über 70% der Stimmen an islamistische Parteien. Wahlsieger wurde die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Muslimbruderschaft. Diese Tendenz bestätigte sich bei den späteren Präsidentschaftswahlen, bei denen Mohammed Mursi von selbiger Partei knapp mit 52% gewann.



Prof. Dr. Cilja Harders

Mursi war nur etwa ein Jahr lang Präsident. Im Juli 2013 wurde er nach tagelangen Massenprotesten vom Militär abgesetzt und in diesem Jahr unter Al-Sisis Regime zum Tode verurteilt. Nach Dr. Harders ist diese Entwicklung drei Ebenen geschuldet. "Das eine ist schlechte politische Performanz. Die Leute hatten den Eindruck, dass es keine klaren Entscheidungen gibt, nur leere Versprechungen. Dann gab es eine erhebliche Polarisierung um die Frage, wie ernst es die Muslimbrüder mit der Demokratie meinen. Sie haben tatsächlich Schritte unternommen, die man interpretieren kann als den Versuch, den Staatsapparat von innen zu übernehmen und umzudrehen, zum Beispiel haben sie Chefredakteure ausgetauscht. Es wurde klar, dass es einen politischen Gestaltungswillen gibt, der sich auf Kultur und Bildung konzentriert. Für mich ist dieser Schritt aber natürlich nachvollziehbar, denn der gesamte Sicherheitsapparat war gegen sie. Das ist der dritte Punkt. Die Regierung Mursi regierte gegen den Staatsapparat, der durch Kräfte dominiert war und ist, welche strikt gegen die Muslimbrüder sind oder Mursi schlichtweg als Straftäter sahen."

Nach dem Sturz Mursis ist das Militär wieder offensichtlich an der Macht. Seitdem beherrscht die gewaltvolle Repression der Kritiker des Militärregimes das Land. Die Menschen in Ägypten sind verunsicherter denn je und wünschen sich Stabilität und Sicherheit. So ist es nicht verwunderlich, dass Al-Sisi über 90% der Stimmen bei der Wahl bekam. Einerseits, weil es keine Alternative zu ihm gab, denn die Opposition wurde mundtot gemacht. Nach der erfahrenen Gewalt

fürchteten sich viele Menschen, überhaupt zur Wahl zu gehen. Andererseits stehen viele Ägypter nach wie vor hinter dem Militär. Aufgrund der kolonialen Vergangenheit genießt es ein besonders starkes Ansehen in Ägypten. Als Befreier von Fremdherrschaft repräsentiert es für viele Ägypter Unabhängigkeit und Sicherheit und knüpft so an patriotische Gefühle an. Hinzu kommt, dass das Militär auch einer der größten Arbeitgeber ist. Viele junge Männer gehen nach dem Schulabschluss zur Armee, denn sie ist eine von wenigen sicheren Einnahmequellen und kontrolliert viele wichtige Teile der Wirtschaft Ägyptens.

"Das Militär ist auch recht clever darin, das Narrativ 'die Bevölkerung und das Militär gehen Hand in Hand' zu bedienen, und sie sind in der Lage, stark an die patriotischen Gefühle der Ägypter anzuknüpfen. Sie machen zwar sehr viele Dinge falsch oder schlecht, aber die öffentliche Wahrnehmung können Sie immer positiv beeinflussen", erklärt Dr. Harders.

All diese Dinge sind der deutschen Regierung natürlich bewusst. Ägypten ist aber für sie und ganz Europa ein äußerst wichtiger geopolitischer Partner, zum Beispiel als einer der wenigen Unterstützer Israels in der Region, als militärische Macht im Kampf gegen den Islamischen Staat oder als Unterhalter des Suezkanals.

Für alles gibt es Gründe. Doch wenn es um massive Menschenrechtsverstöße geht, kann es niemals hinreichende Begründungen geben. Für die deutsche Politik scheint das anders zu sein und so rollt sie einem militärischen Diktator im 21. Jahrhundert den roten Teppich aus und macht so erneut die Doppelmoral der westlichen Kultur deutlich. Da stellt man sich die Frage, an was es fehlt, Wille oder Macht?

Über
blick

Unvollständige Chronik der Repression:

- 8. Juli 2013: Ägyptische Sicherheitskräfte erschießen 53 Mursi-Anhänger vor dem Gebäude der Republikanischen Garde in Kairo.
- 14. August 2013: Armee und Polizei stürmen zwei Protestcamps von Putschgegnern und töten mehr als 1000 Personen, darunter viele Frauen und Kinder. Human Rights Watch bezeichnete das „Massaker" als das „schlimmste Ereignis ungesetzlicher Massentötungen in der modernen Geschichte Ägyptens".
- 25. Januar 2014: Am dritten Jahrestag der Ägyptischen Revolution töten Sicherheitskräfte und das Militär bei Demonstrationen über 100 Regimegegner.
- 24. März 2014: An einem einzigen Verhandlungstag werden im bisher größten Massenprozess der ägyptischen Geschichte 529 Menschen zum Tode verurteilt.
- 28. April 2014: In einem weiteren Massenprozess werden innerhalb von weniger als 15 Minuten erneut 683 Menschen zum Tode verurteilt.
- 15. Mai 2015: Mursi selbst wird mit mehr als 100 Mitangeklagten zum Tode verurteilt.
- 16. Mai 2015: Sechs Verurteilte werden durch den Strang hingerichtet. Amnesty International verurteilt den Prozess scharf und weist darauf hin, dass die Geständnisse der Angeklagten unter Folter zustande kamen.

(Quelle: https://www.wsws.org/de/articles/2015/06/05/pers-j05.html)

Projektionsfläche Islam

*Ob in den Medien, der Politik, oder beim Gespräch mit Kommiliton_innen – der Islam ist so präsent wie nie. Jede_r scheint eine Meinung, aber auch eine Menge vorgefertigter Bilder im Kopf zu haben. Aber welche Muster verbergen sich eigentlich hinter den Diskussionen, die wir täglich verfolgen und führen? Das Frauen*referat lud dieses Semester mit der Vortragsreihe „Feministische Kritik an antimuslimischem Rassismus" dazu ein, dieses aktuelle Thema aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten.*

Von Yulia Kudryavitskaya

Zu Anfang sieht es leer aus, doch das ändert sich schnell: Der große Hörsaal in der Silberlaube ist gut gefüllt bei der ersten Vorlesung – „Antimuslimisch rassistischer Homophobiediskurs" von Dr. Dr. Zülfukar Çetin, Dozent für Soziologie an der Alice Salomon Hochschule.

„In der Öffentlichkeit wird ein Bild des Islam entworfen, welches symbolisch für alles stehen soll, was Europa schon längst abgeworfen haben will."

Der Titel ist Programm: Dr. Çetin zeigt auf, dass die Art und Weise, wie die hohe Anerkennung der LGBT*-Gemeinschaft in Europa zustande kommt, durchaus ambivalent zu sehen ist. Die Erhöhung der Akzeptanz ist einerseits begrüßenswert, führt andererseits zu einer Annäherung von weißen queeren* Personen an die Mehrheitsgesellschaft – sodass es nicht mehr überrascht, wenn auch Teile der CDU für die Gleichstellung der Ehe plädieren können. Gleichzeitig wird dadurch aber der Eindruck erweckt, dass Homophobie in der westlichen Gesellschaft schon längst besiegt sei. Stattdessen wird sie in Regionen außerhalb Europas verlegt: Dr. Çetin demonstriert eine Bewertungsskala von „homofreundlichen" und „homofeindlichen" Ländern, in der sich hauptsächlich Osten und Westen gegenüber stehen. Aber es wird auch nach dem Fremden im Inneren gesucht – und immer wieder werden „Andere" gefunden, welche man aus der Gesellschaft herauslösen und als Projektionsfläche für eigene Probleme benutzen kann.

Die Anderen, erklärt die Sozialwissenschaftlerin Fanny Müller-Uri, sind eine Personengruppe, auf welche alles projiziert wird, was nicht in die „fortschrittliche" europäische Gesellschaft passt. Homophobie, Sexismus, aber auch Antisemitismus werden instrumentalisiert, um die angebliche westliche Überlegenheit gegenüber anderen Kulturen zu demonstrieren und somit diese Probleme im eigenen Umfeld nicht wahrnehmen zu müssen. Konzepte von Fremdheit sind von Kultur zu Kultur unterschiedlich, die Grenzen sind vage – allein schon, weil sie von der Mehrheitsgesellschaft willkürlich gezogen werden. Dennoch kann man sagen, dass diese Gruppe in Europa vor allem aus Migrant_innen besteht; vorwiegend solchen muslimischen Glaubens.

In der Öffentlichkeit wird ein Bild des Islam entworfen, welches symbolisch für alles stehen soll, was Europa schon längst abgeworfen haben will. Dass dieses Bild den tatsächlichen Glauben und die vielfältigen Lebensentwürfe stark reduziert und sich von diesen somit nur unterscheiden kann, ist vielen Menschen nicht bewusst. Das richtet Schaden im Verhältnis sowohl von Einzelpersonen als auch der gesamten Gesellschaft zu Muslima_en an, kann aber laut Amani Abuzahra auch auf diese eine große negative Wirkung ausüben.

In ihrem Vortrag über muslimische Jugendliche der zweiten und dritten Generation zeigt die österreichische Dozentin für Philosophie auf, wie schädigend das Bild von „dem Islam" auf diese wirkt. Zunächst ist ein Experiment vielsagend, welches sie an ihrer Hochschule durchführte: Zwei Gruppen von Student_innen, die eine christlich, die andere muslimisch, sollen beide eine typisch christliche und eine typisch muslimische Frau beschreiben. Das Ergebnis:



Die Angehörige der jeweils anderen Gruppe wird bis ins Detail genau beschrieben, während man der eigenen mehr Spielraum zuerkennt. Man glaubt also, den „Anderen" zu kennen – und verkennt ihn dabei. Distanz lässt nur ein flaches Bild zu, eine Sammlung von Stereotypen, welche lediglich durch Annäherung differenziert werden können.

„Man glaubt also, den „Anderen" zu kennen – und verkennt ihn dabei."

Die Vielfalt von Charakteren, Lebensentwürfen und Identitäten von Muslima_en nicht zu sehen, heißt aber auch, die Möglichkeit von hybriden Identitäten zu verkennen. Jede Migrant_in kennt das Problem der Reduktion. Wiederholte Nachfragen zur „ursprünglichen" Herkunft konfrontieren vor allem bereits in Deutschland geborene Jugendliche mit ihrer vermeintlichen Fremdheit.

Auch gut gemeintes Interesse für die Kultur des Gegenüber kann reduzierend wirken - wenn beispielsweise Kinder angehalten werden, „ihr" Essen zu Kulturfesten mitzubringen, obwohl es, wie Amani Abuzahra es ausdrückt, „zu Hause vielleicht schon längst Couscous mit Schnitzel gibt." So werden sie eben doch nur als Fremde gedeutet, die nun einmal nicht dazugehören können.

Auf diese Weise entwickelt sich ein unter Druck setzendes Denken in „Entweder-Oder"-Kategorien, wie ein Fragebogen deutlich macht, welcher vor mehreren Jahren in Österreich an muslimische Jugendliche verteilt wurde: „Bist du für Allah oder die Demokratie?" Moslem *und* Österreicher, Deutscher, Europäer sein? Für die Gesellschaft passt das nicht zusammen. Ein „Sowohl-Als-Auch", eine Entscheidung nicht gegen einen Teil der Identität, sondern für alle, wird verwehrt.

Leider stößt Europa schnell an die Grenzen ihrer viel gerühmten Toleranz, wenn sie mit tatsächlicher Vielfalt konfrontiert wird. Abuzahra verweist auf eine Umfrage, laut welcher 70% der Österreicher keinen muslimischen Nachbarn haben möchten. Solchen Meinungsäußerungen stehen jedoch Tatsachen gegenüber: ob von den Befragten gewollt oder nicht, die muslimischen Bewohner Europas sind ein Teil dieser Gesellschaft – und deren Zukunft bleibt ein gemeinsames Projekt aller ihrer Mitglieder. Um sie als solches wahrnehmen zu können, sind laut Abuzahra vor allem Kontakte und Begegnungen nötig, abseits der von Medien vermittelten Bilder. Dabei sei es wichtig, offen und selbstkritisch zu bleiben und bereit zu sein, vermeintliche Widersprüche akzeptieren und vorgefertigte Bilder revidieren zu können.

„Moslem *und* Österreicher, Deutscher, Europäer sein? Für die Gesellschaft passt das nicht zusammen."

Obwohl die Besucherzahlen im Laufe der Vorlesungsreihe schwinden, scheint sie gut anzukommen. Das Publikum folgt den Vorträgen interessiert, stellt Fragen, welche zum Teil kontrovers diskutiert werden. Eines aber fällt schnell auf – der Großteil kommt mit Vorwissen, ist politisch gebildet und am Thema interessiert. Das macht die Diskussionen interessant, bringt sie, und zum Teil auch die Vorträge, jedoch schnell auf eine komplexe Ebene.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass mit der Vortragsreihe offene Türen eingerannt wurden – die Organisator_innen sehen das jedoch anders. *„Wir haben die Reihe organisiert, weil uns gerade im Zuge der Berichterstattungen um PEGIDA und Co. aufgefallen ist, dass ähnliche Gedanken- und Argumentationsmuster bezüglich anti-muslimischen Rassismus auch innerhalb der deutschsprachigen Linken längst Fuß gefasst haben,"* erklärt Milka vom Frauen*referat. *„Gerade die Einstellung, als Atheist_innen 'aufgeklärter' zu sein und lediglich 'Religionskritik' zu betreiben, wird häufig genug herangezogen, um Menschen, die sich als Muslima_e identifizieren, zu stigmatisieren oder zumindest nicht ernst zu nehmen. Daher wollten wir Menschen und Themen zu Wort kommen lassen, die selbst im linken Diskurs eher wenig Gehör finden. Wenn allerorts vom Islam nur in Verbindung mit Terrorismus, Frauen*unterdrückung und Homohass gesprochen wird, bleibt wenig Zeit und Platz, die Ansichten muslimischer Feminist_innen und deren Lebensrealitäten zu berücksichtigen und zu thematisieren."*

Die Absicht der Organisator_innen scheint somit auf jeden Fall getroffen worden zu sein. Für die Zukunft bleibt zu wünschen, dass die Botschaft der Reihe noch weitere Kreise zieht; ein erster Schritt zur Eröffnung der Diskussion wurde aber definitiv getan. Und es soll nicht der letzte bleiben, denn bald man darf sich auf eine weitere Veranstaltung der Reihe freuen. Im Juli wird mit i,Slam ein muslimischer Poetry Slam an die Universität geholt – und eröffnet eine Möglichkeit für Begegnung und gegenseitiges Kennenlernen.

Hier könnte dein Artikel stehen!

- ◯ *Du schreibst gerne und hast Ideen für spannende Artikel?*
- ◯ *Dir fehlt in dieser Ausgabe ein Thema, über das du gerne für die nächste Ausgabe schreiben würdest?*
- ◯ *Du magst Fotografie oder hast schon ein paar gute Bilder geschossen?*
- ◯ *Du interessierst dich für Layout, zeichnest gerne oder hast einfach ein paar Ideen, was in die OSI-Zeitung passen könnte?*
- ◯ *Du findest, dass die OSI-Zeitung dringend online präsenter werden sollte und kennst dich vielleicht sogar gut mit Wordpress aus?*

Dann komm doch einfach mal zu einem Redaktionstreffen vorbei und sieh dir an, was wir so machen!

Du kannst uns natürlich auch jederzeit schreiben (carsten.spandau@web.de).

Wir suchen immer neue Mitglieder für unsere Redaktion und freuen uns auf dich! Und auch für interessante Gastbeiträge sind wir offen.

Die Waffen der Jasminrevolution

Es sind Bilder, die berühren. Bilder, die bewegen. Eine ganze Nation erfasst der Mut, gemeinsam für die humanen Lebensbedingungen in ihrer Gesellschaften zu kämpfen. Ausgelöst durch einen Suizid in aller Öffentlichkeit. Intensiviert durch den Einsatz der Neuen Medien.

Von Sarah Putscher

Es ist der Tag des 17. Dezember 2010, der Geschichte im „Land der Rose" schreibt.

Der Gemüsehändler Mohamed Bouazizi ist einer von vielen arbeitslosen Akademiker_innen, die die Unterdrückung der säkularen Diktatur unter dem Staatsoberhaupt Zine el-Abidine Ben Ali, die ständige Schikane der Behörden und die enorme Benachteiligung im sozialen wie ökonomischen Wesen nicht mehr zu ertragen scheinen. Der Feuer-Suizid des 26-Jährigen, der sich vor dem Regierungsgebäude in Sidi Bouzid abspielt, ist der Funke, der neben der tunesischen Nation auch die arabische Welt entflammt.

Es ist das Verlangen nach Freiheit und Gleichberechtigung, das neben den unerträglichen Lebensbedingungen, die auf die stark angestiegenen Lebensmittelpreise und Energiekosten sowie die aussichtslosen Zukunftsperspektiven zurückzuführen sind, auf den Straßen Tunesiens ganze Provinzen vereint. Hierbei ausschlaggebend: die Neuen Medien.

Während die Aufstände im Jahr 2008 kaum einen Gebrauch von sozialen Netzwerken vorweisen, nutzen rund 18% der Tunesier zum Jahreswechsel 2010/11 die Plattform Facebook. Die nationalen und internationalen Verknüpfungen der sozialen Netzwerke ermöglichen nun den Austausch und Diskurs unter den Revolutionär_innen. Tunesier können erstmals in sämtlichen Regionen und Provinzen erreicht und darüber in Kenntnis gesetzt werden, was sich im Zentrum abspielt.

Doch wie kann eine Gesellschaft, die durch die Staatsführung des Diktators Ben Ali in sämtlichen Lebensbereichen eingeschränkt und verängstigt ist, solch eine Bewegungswelle auslösen?

Die Antwort liegt in den neuen Möglichkeiten politischer Kommunikation. Abgesehen von den ersten Aufständen tunesischer Anwälte, die sich als Beschützer der Justiz sichtbar auf die Seite der Bevölkerung stellen, sind es Internetplattformen wie Facebook und Twitter, die ganze Regionen mobilisieren.

Neben der zeitnahen nationalen Popularisierung von Informationen und Bildern fungiert die Kooperation von tunesischen TV-Sendern, Internet und Mobiltelefonen als Mittel der Selbstermächtigung. Die rasante Verbreitung von Kurztexten, Bildern und Videos durch ihre Blogger_innen, die unter anderem die Szenarien auf den Straßen Tunesiens und Gewaltakte gegen die Demonstranten beinhalten, erreichen nicht nur die Anhänger_innen des organisierten Widerstandes.

Weltweit werden Menschen und Gruppierungen aufmerksam. Die Hacker-Gruppe „Anonymous" versucht, das Land auf seine Art zu unterstützen. Durch das Eindringen in die Regierungswebsite, die durch Überlastungsattacken lahmgelegt wird, setzt die umstrittene Gruppe einen symbolischen Akt. Die Internetzensur, mit der das Regime lange Zeit jeglichen internationalen Einfluss zu verhindern versucht hat, beginnt zu bröckeln.

Die Politikwissenschaftlerin Anna Antonakis, die derzeit ihre Doktorarbeit am Otto-Suhr Institut schreibt und sich für ihre Magisterarbeit 2011 nach Tunesien begeben hat, erklärt weiter: „Neben der generellen Zensur wurde auch der virtuelle Raum kontrolliert. Internetseiten wie YouTube waren gesperrt". Daraus resultierte die Schaffung der virtuellen Person „Ammar 404", die nach der die Internetkontrolle verschleiernden Fehlermeldung „Error 404-page not found" benannt wird und damit die eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten des tunesischen Internets verkörpert.

Die angestrebte Repression des Regimes gelingt nicht. Die Anzahl der Internetaktivist_innen, Blogs und Foren wachsen in kürzester Zeit enorm an. Antonakis verdeutlicht: „Aktivistinnen und Aktivisten sind in Cafés gegangen und haben sämtliche Personen mit ihrem Material bekannt gemacht. Es lief alles über Mundpropaganda". Doch nicht nur das Regime versucht, durch seine Vorgehensweisen eine Mobilisierung zu unterbinden. Verängstigte Eltern bemühen sich, ihre Kinder von der Verbreitung politischer Einstellung gegen die Regierung und dem Willen nach Verbesserungen abzuhalten. Denn auch mit dieser Form der politischen Partizipation setzen sie sich Gefahren aus.

Der Diktator Ben Ali, der Anfang des Jahres 2011 nach 23 Regierungsjahren das saudi-arabische Exil aufsucht, scheint die enorme Macht der Aktivist_innen zu erkennen. Hinzu kommt das Militär, das sich nach und nach auf die Seite des Volkes stellt. Diese Kraft bekommt auch die anschließende Übergangsregierung zu spüren, die aufgrund ihrer Weiterbeschäftigung ehemaliger Regierungsmitglieder der RCD (Rassemblement constitutionnel democratique) für andauernde Demonstrationen und Unmut in der Bevölkerung verantwortlich ist.

Tunesien, das einen Domino-Effekt im gesamten arabischen Raum ausgelöst hat, ist auf dem Weg der Veränderung. Die aktuelle „Regierung der nationalen Einheit" sei, laut Antonakis, wieder sehr auf Stabilität ausgerichtet. Trotz der Verfassung von 2014, die die demokratischen Grundrechte beinhaltet, bestehe eine konstante Unsicherheit in der Bevölkerung und die Angst vor dem Zurückfallen in alte Strukturen. Nun sei es wichtig, so Antonakis, dass Lokalwahlen abgehalten würden, um staatliche Machstrukturen zu dezentralisieren.

Doch eines kann seit den Aufständen nicht in Frage gestellt werden. Der Wille der Nation. Eine Bevölkerung, die durch den Zusammenhalt, das gegenseitige Ermutigen und Mobilisieren den Fall der langjährigen Diktatur ermöglicht. Eine Bevölkerung, die über die mächtigste Waffe ihres Landes verfügt: die Neuen Medien.



Demonstration für eine unabhängige Justiz am 8. Juli 2011 in Tunis. Auf einem der Schilder steht: Das Volk will einen öffentlichen Prozess.

Denkst du noch oder redest du schon?

Die meisten von uns kennen die Situation bestimmt: Im ersten Semester sitzt man in Seminaren oder Vorlesungen, traut sich aber nicht, ein Wort zu sagen, denn man hat das Gefühl, der eigene Beitrag könnte dumm klingen, nicht "politisch korrekt" sein oder ähnliches. Und alle anderen Wortmeldungen scheinen so viel schlauer... Aber auch nach dem ersten Semester passiert es oft -- in einem Seminar reden immer nur die gleiche Handvoll Menschen, alle anderen sind still. Eine Gruppe Studierender des OSIs hat aufgrund solcher Erlebnisse im letzten Wintersemester die Veranstaltung "Ausschließende Redekulturen" organisiert. Um die 60 Leute fanden sich ein, um den Problemgehalt und die Ursachen zu ermitteln. Die meisten Beiträge kritisierten die akademische Sprache, aber auch eine oft wahrgenommene linke Hegemonie kann einschüchternd oder gar ausschließend wirken. Inspiriert davon haben auch wir Meinungen zum Thema gesammelt.

Sarah, 2. Semester, Bachelor Politikwissenschaft:

"Ich finde, dass es in Seminaren z.B. oft alltagssprachlicher, lockerer zugehen sollte. Wissenschaftliche Arbeiten müssen natürlich in genauer, akademischer Sprache verfasst werden, aber in Diskussionen finde ich dies oft hinderlich. Es geht ja darum, dass alle verstehen, was man sagt - da bewirkt ständiges "Begriffsdropping" eher das Gegenteil. Es würde bestimmt auch die Stimmung auflockern, wenn man beim Betreten des Raumes zurückgegrüßt wird. Aber auch die Dozent_innen könnten ihre Veranstaltungen in Hinblick auf diese Probleme bewusster gestalten."

Ole, 6. Semester, Bachelor Politikwissenschaft:

„Ich hatte bisher noch nie das Gefühl, dass ich mich mit meinen politischen Einstellungen am OSI anpassen müsste. Allerdings muss man auch sagen, dass meine eigene Meinung ziemlich stark den Mainstream am Institut trifft. Ich habe das Gefühl, dass andere OSI-Studierende ihre politischen Ansichten nicht frei äußern können, weil die geäußerten Meinungen ja ziemlich stark in eine Richtung gehen – ganz im Gegensatz zu unserer Gesellschaft."

David, 4. Semester, Bachelor Politikwissenschaft:

"In den ersten beiden Semestern habe ich mich selten getraut, einen Beitrag zu machen. Inzwischen fällt es mir eher leicht. Vermutlich ist das aber der Tatsache geschuldet, dass ich mich – leider – an die Art zu Sprechen angepasst habe und nun selbst Marx zitieren könnte, ohne viel von ihm gelesen zu haben. Aus meiner Sicht liegt es an den Dozierenden sowie den Studierenden, in einem Seminar eine Atmosphäre zu schaffen, in der jede_r seine_ihre Meinung kundtun kann, vor allem um diese weiterentwickeln zu können. Doch wenn ein_e privilegierte_r Student_in rassistische oder sexistische Aussagen macht, dann ist es sehr wichtig, deutlich darauf zu reagieren. Ansonsten würde es sicherlich helfen, wenn wir alle etwas ehrlicher wären: Die Wenigsten haben sich schon vor dem Studium intensiv mit politikwissenschaftlichen Thematiken auseinandergesetzt. Dementsprechend sollte es natürlich möglich sein, Nachfragen zu stellen, sich Theorien und Konzepte erklären zu lassen und so Wissenshierarchien abzubauen, damit wir solidarisch miteinander lernen und diskutieren können."

Annegret, 2. Semester, Master Sozialkunde:

"Ich fühle mich am OSI nicht unwohl, muss aber schon sagen, dass ich es mir wahrscheinlich nicht nochmal als Ort meines Studiums aussuchen würde. Mir war schon bewusst, dass es als linkes Institut gilt, dass es sich in den Diskussionen und Studierenden jedoch so klar zeigt, hat mich überrascht. Ich habe ein Stipendium einer politischen Stiftung und habe dies beiläufig erwähnt. Da es sich dabei um die Konrad-Adenauer-Stiftung handelt, waren die Blicke, die ich erntete, sehr eindeutig und ungläubig, frei nach dem Motto: „Wie kannst du nur?" Andere Stipendiaten meiner Stiftung haben ähnliche Erfahrungen gemacht. Es handelte sich dabei nicht nur um reine Politikwissenschaftler, sondern auch um Lehramtsstudenten. Dies hat mich besonders verwundert, denn besonders wir Politiklehrer können eine Meinung vertreten, doch müssen alle anderen ebenfalls akzeptieren. Ich beteilige mich im Alltag generell gerne an Diskussionen, im Studium habe ich mir das besonders in den thematischen Veranstaltungen etwas abgewöhnt. Grund dafür ist die oft einseitige Debatte oder die schrägen Blicke, wenn man eine andere Position einnimmt als die Mehrheit am OSI. Um eine breitere Debatte zu einem Thema zu bekommen, habe ich beispielsweise einen Kurs im Bereich Politik des JFK-Instituts gemacht und mich wohler gefühlt und dementsprechend mehr eigene Inputs gegeben."

Dr. Bettina Engels, Dozentin:

"In meinen Seminaren nehme ich die Stimmung und Redekultur insgesamt als sehr angenehm wahr. Es gibt viele didaktische Methoden und Moderationsverfahren, die es allen, die es möchten, ermöglichen sollen, sich gleichermaßen einzubringen. Schon Redelisten für die Diskussion sind eine gängige und effektive Methode. Nichtsdestotrotz lassen sich strukturelle Ungleichheiten in Seminargruppen (entlang etwa von Kategorien wie sozialer Herkunft und Geschlecht) nicht allein durch didaktische Verfahren ausgleichen."

Jahne, 2. Semester, Bachelor Politikwissenschaft

"Ich kann mir vorstellen, dass diese Probleme zwar relativ normal sind, aber hier am OSI stärker als woanders auftreten. Vielleicht liegt es schon allein an Berlin und der großen Uni. Die Stadt hat so viele unterschiedliche Facetten und Menschen, dass es für Neulinge überfordernd sein kann, in so eine neue, andere Welt zu kommen. Das kann zusätzlich verunsichern. Aber diese Pluralität ist bereichernd und sollte als Chance gesehen werden, sich weiterzuentwickeln. Generell sollte man einfach mutig sein, seine Meinung sagen und sich bewusst machen, dass man nur aus neuen Erfahrungen lernen kann und dass es vor allem keine dummen Fragen gibt."

Roxane, 2. Semester, Bachelor Politikwissenschaft:

"Ich finde es schade, dass viele Leute sich nicht einbringen. Jeder sollte die Möglichkeit dazu haben, frei seine Meinung zu sagen oder Fragen zu stellen. Meiner Meinung nach liegt das auch an der Organisation an unserem Institut. Die meisten Seminare sind meiner Meinung nach zu groß, sodass es allein praktisch nicht möglich scheint, jede_n gleichermaßen zu beteiligen. Zudem ist es auch einschüchternd, in einem Raum mit 100 anderen Leuten zu sitzen. In kleineren Gruppen fällt es mir immer einfacher mitzureden."

Wenn Du dich für das Thema interessierst und an Lösungsstrategien mitarbeiten möchtest, melde dich unter: RedekulturenOSI@lists.fu-berlin.de

Lehrbeauftragte – prekäre Arbeitsbedingungen im Bildungsbetrieb

Der Lehrbetrieb an Deutschlands Universitäten ist ohne Lehrbeauftragte nicht mehr denkbar. Die Hochschulen müssten ihr Unterrichtsangebot radikal kürzen. Doch die freien Dozenten sind gleichsam vogelfrei: Sie erhalten keine Verträge und keinerlei soziale Unterstützung von Seiten der Hochschulen. Die GEW protestiert schon länger gegen diese Zustände. Doch bisher ist keine Hilfe in Sicht. Im Gegenteil: Es werden immer mehr freie Lehrbeauftragte beschäftigt, ihre Zahl ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Dabei unterrichten die freien Dozenten für einen beschämend niedrigen Lohn.

Von HANA IDZKO

In Berlin arbeiten insgesamt 6.400 Lehrbeauftragte, Honorarprofessor_innen und Privatdozent_innen nicht mitgerechnet. Im gesamten Bundesgebiet sind es 90.000 -- Tendenz steigend. Noch vor 10 Jahren waren es bundesweit gut 50.000.

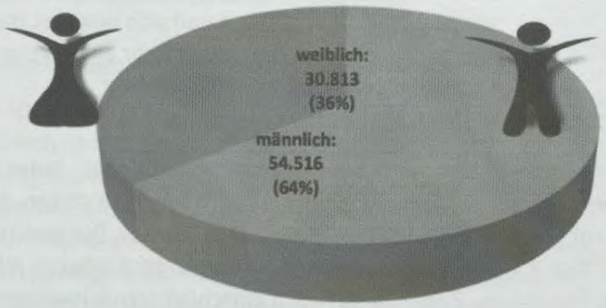
Sie leisten die gleiche Arbeit wie ihre festangestellten Kolleg_innen, erhalten aber nur einen Bruchteil ihres Einkommens. Sie sichern den Universitätsbetrieb, sind also ein Glücksfall für die Hochschulen, denn sie verhindern, dass bei steigenden Studierendenzahlen der Lehrbetrieb an den chronisch unterfinanzierten Hochschulen zusammenbricht. Sie werden lediglich semesterweise eingesetzt, ermöglichen also eine flexible Planung. Die Hochschulen können mit Hilfe der Lehrbeauftragen viel Geld sparen.

So unterrichten viele Lehrbeauftragte gleich an mehreren Orten, um über die Runden zu kommen. Hinzu kommt eine ständige Ungewissheit, wie es im nächsten Semester weitergehen soll, denn ein Lehrauftrag kann jederzeit ohne Begründung nicht verlängert werden. Über den jüngst von der Bundesregierung beschlossenen Mindestlohn können Lehrbeauftragte nur müde lächeln. Der kommt bei ihnen zumeist nicht an: Durch die Bezahlung auf Stundenbasis wird die zeitaufwendige Vor- und Nachbearbeitung nicht vergütet. Auch eine regelmäßige Weiterbildung gehört zum Arbeitsalltag, weil die Universität von ihren Dozent_innen stets den neuesten Kenntnisstand erwartet. Die Studierenden natürlich auch.

Für die GEW in Berlin ist diese Art der Beschäftigung ein klarer Missbrauch. Sie fordert eine bessere Absicherung der Lehrbeauftragten. An der Universität der Künste beispielsweise sind das 75%, an anderen Hochschulen etwa 30% der künstlerischen und wissenschaftlichen Beschäftigten.

Gegenwärtig erhalten sie nicht einmal einen Vertrag, sondern unterzeichnen lediglich eine knappe Erklärung, dass sie mit der Erteilung eines Lehrauftrags einverstanden sind. Die Gewerkschaft verlangt künftig einen Lohn von mindestens 30€ pro Unterrichtsstunde.

Die GEW und andere Berufsorganisationen der Lehrbeauftragten sind aktiv geworden, um die prekäre Arbeitssituation ihrer



Gesamtzahl: **85.329** (ohne Honorarprof., Privatdoz., apl. Prof.)

Lehrbeauftragte an deutschen Hochschulen im Jahr 2013





Anteil der Lehrbeauftragten am gesamten wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonal an den staatlichen Universitäten in Berlin (links) und ganz Deutschland (rechts)

Mitglieder zu verbessern. Im vergangen November hat die Gewerkschaft mit einem Aktionstag der Lehrbeauftragten auf die Situation dieser aufmerksam gemacht; damit konnte das Interesse der Öffentlichkeit geweckt werden.

Zu der Ungleichbehandlung gehört auch die fehlende Mitbestimmung an Hochschulen. Die Hochschulrektor_innen lehnen dies ab: Lehrbeauftragte würden als Selbstständige vergütet, heißt es, deshalb könnten sie keine Ansprüche auf ihre Tätigkeit als Beschäftigte der Hochschulen stellen.

Inzwischen hat das Problem auch die Berliner Bildungspolitiker_innen erreicht. Nach parlamentarischen Anfragen des SPD-Abgeordneten Lars Oberg und seines CDU-Kollegen Stefan Schlede wurden immerhin die ernüchternden Statistiken über die Situation der freien Lehrbeauftragten bekannt. Danach würde besonders an den Kunst- und Musikhochschulen sowie an den Fachhochschulen der Unterricht ohne die Lehrbeauftragten zusammenbrechen. Dabei ist auch publik geworden, dass festangestellte Professor_innen dreimal so viel pro Stunde verdienen wie gleich ausgebildeter Lehrbeauftragte, die zudem auch die gleichen Leistungen erbringen. Die Sozialabgaben, für welche die Hochschulen für ihre Lehrbeauftragten nicht aufkommen, sind hierbei noch nicht einmal miteinberechnet.

Dennoch hält die Politik mehrheitlich an der bestehenden Stellung der Lehrbeauftragten fest. Zwar stellt Berlin mit einer "Qualitätsoffensive für die Lehre" zusätzlich 10 Millionen Euro bereit, die von den Hochschulen auch für Lehrbeauftragte ausgegeben werden könnten. Doch sie tun es bislang nicht.

Außerdem sind die Lehrbeauftragten aus finanziellen Gründen auf die unterbezahlten Unterrichtsstunden angewiesen. So leisten sie eher geringen Widerstand. Sie kennen sich auch kaum untereinander, haben keine eigenen Büros und abgesehen von den Gewerkschaften keine Lobby. Sie sind gleichsam wissenschaftliche "Outcasts".

Die Gewerkschaft sagt: Man kann in der Lehre nur ebenbürtig zusammenarbeiten, wenn gleiche Leistung auch gleich bezahlt wird.

Lehre bedeutet eben mehr, als nur eine abgehaltene Stunde. Das sollten die Bildungspolitiker_innen und Hochschulleitungen eigentlich wissen.

„Berlin hält Jugendlichen Politik vor – und weiß das“

Praxissemester, neue Lehrpläne, Inklusion – das sind nur drei der Herausforderungen, die auf Sozialkundestudierende und andere Bildungsbeteiligte in Uni und Schule zukommen. Wie geht man in der Lehrkräftebildung am OSI mit diesen Neuerungen um? Und welche Rolle spielt die politische Bildung in Hinblick auf Pegida und die Rekrutierung von Jugendlichen für den Islamischen Staat (IS)? Über diese und andere Fragen sprach Claudia Zink mit Sabine Achour, seit Anfang April Gastprofessorin und zuvor Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Politikdidaktik.

Welche Schwerpunkte wollen Sie in den nächsten Jahren für die Ausbildung von Sozialkundelehrkräften setzen?

Ich würde gerne die Schwerpunkte, an denen wir derzeit arbeiten, weiter vertiefen. Wir haben schon viel zu Integration, Migration, Heterogenität in der Gesellschaft gemacht und arbeiten in entsprechenden Projekten. Wenn alles gut klappt, können wir hierfür auch neue Mitarbeiter_innen einstellen. Ich finde, gerade in Berlin sind diese Themen zentral für die Lehrkräftebildung, werden bisher aber allgemein zu wenig in den Vordergrund gestellt.

Planen Sie, gerade die Themen Migration und Islam auch mehr in die Lehre zu integrieren?

Das machen wir jetzt schon in einigen Lehrveranstaltungen. In meinem Seminar „Unterrichtsverfahren, Methoden und Medien“ haben wir gestern erst Workshops mit der Bildungsstätte von Verdi zu IS und Salafismus durchgeführt. Die Workshops wurden mit Jugendlichen durchgeführt, die ihr Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren, und das hat super funktioniert. Außerschulische politische Bildung bietet ganz andere Freiheiten als schulischer Unterricht, bei dem immer wichtig ist, was man nach 45 Minuten erreicht hat. Die Thematik des Islamismus wird derzeit in den Berliner Schulen kaum behandelt – insbesondere wegen der prekären Lage des Fachs Sozialkunde. Aber gestern hat man wieder gemerkt, dass das ein Thema ist, das wirklich brennt.

Sie haben gerade die problematische Stellung von Politiklehrer_innen angesprochen. Sehen Sie Bedarf für ein kombiniertes Lehramtsstudium Geschichte / Sozialkunde, analog zu dem Studiengang, der gerade für das neue integrierte Fach Gesellschaftswissenschaften eingerichtet wird?

Wenn man an einem solchen Konzept arbeitet, hat man natürlich als Fach immer verloren. Deswegen bin ich mir selbst noch nicht ganz darüber im Klaren, wie man damit umgehen soll. Ich finde auf jeden Fall, dass das Fach Politische Bildung sehr viel sichtbarer sein sollte. Prinzipiell kann ich mir auch verschiedene Konzepte für die unterschiedlichen Schulformen gut vorstellen. Für die ISS könnte man etwa auch für die Sekundarstufe I ein gesellschaftswissenschaftliches Fach einführen. Würde man Ethik mit in den Fächerverbund integrieren, würde man viele Redundanzen vermeiden. Die interdisziplinäre gesellschaftswissenschaftliche Perspektive auf Themen wie etwa den Nahostkonflikt, Armut oder Wasser würde das vernetzte Denken der Lernenden fördern.

Im Gymnasium steht im Vergleich zur ISS eine Stunde mehr zur Verfügung. Außerdem würden die Historiker_innen niemals zulassen, dass man das Fach Geschichte mit zwei anderen Fächern integriert. Sie haben eine starke Lobby, wie man auch gerade an der Diskussion zum neuen Lehrplan merkt. Wenn politische Themen einen Bezug zu Geschichte oder Geographie haben, dann stellen wir diesen Bezug in der Ausbildung auch her. Prinzipiell finde ich, dass es zur Fachkompetenz einer Politiklehrkraft gehört, auch die historische und geographische Perspektive eines Themas beleuchten zu können – zumindest bis Klasse 10.

Hier am OSI gibt es viele Lehramtsstudierende, die Englisch oder Französisch als zweites Fach studieren und Interesse an dieser Form des Unterrichtens haben. Sehen Sie Potenzial für interdisziplinäre Seminare zu bilingualem Unterricht?

Hier ist unsere derzeitige personelle Ausstattung ein Problem. Ich finde das Thema persönlich auch sehr wichtig, vor allem, da in Berlin immer mehr

Schulen bilingualen Unterricht anbieten. Heterogenität bezieht sich außerdem nicht nur auf eine Sprachbildung, die es Lernenden mit Problemen mit der deutschen Sprache ermöglicht, am Unterricht teilzunehmen, sondern etwa auch auf bilingualen Unterricht für besonders sprachkompetente Schüler_innen.

Bleiben wir gleich beim Thema Heterogenität und der Inklusion, die derzeit eine besondere Herausforderung für Lehrkräfte darstellt. Finden Sie, dass Lehramtsstudierende genug auf diese Herausforderung vorbereitet werden oder sehen Sie noch Potential nach oben?

Ich sehe an dieser Stelle die Politik in der Verantwortung. Mit den neuen Lehrplänen hat man die Chance gesehen, etwas zu ändern, aber als man dann gemerkt hat, dass sowohl die personellen als auch die baulichen Veränderungen an den Schulen viel kosten, hat man einen Rückzieher gemacht. Und das wirkt dann natürlich direkt zurück auf die Lehrkräftebildung. Ich finde, Inklusion muss im Studium ein größeres Thema sein. Allerdings sind wir Dozent_innen definitiv keine Expert_innen dafür. Wenn man Inklusion wirklich möchte, muss man auf vielen Ebenen bereit sein, die Expertise etwa auch bei Fachdidakter_innen zu schaffen. Man darf außerdem nicht vergessen, dass Inklusion unglaublich viel umfasst. Der größte Förderbedarf besteht im Bereich der sozialemotionalen Entwicklung und dieses Thema ist hier in der Sozialkundedidaktik vertreten. Viele der Studierenden gehen an Sekundarschulen, wo dieser Förderschwerpunkt einen zentralen Aspekt darstellt. Für den Umgang etwa mit geistigen Handicaps sind wir aber gar nicht ausgebildet – das ist ein ganz eigenes Studium und wir könnten es gar nicht leisten, das abzudecken. Bei körperlichen Handicaps geht es dagegen oft um Gerätschaften, die man zusätzlich braucht. Ich finde es sehr wichtig, diese drei Bereiche zu differenzieren. Die starke Verallgemeinerung, in Bezug auf den Begriff Inklusion zeigt schon, wie wenig Wissen dazu vorhanden ist.

Kommen wir zu einem ganz anderen Thema: Im Herbst beginnen die ersten Studierenden ihren Master mit Praxissemester. Welche Vorteile und Herausforderungen sehen Sie dabei?

Die besondere Herausforderung des Praxissemesters liegt darin, dass etwa tausend Studierende in



© Otto-Suhr-Institut

Prof. Dr. Sabine Achour

Berlin gleichzeitig für ein halbes Jahr an die Schulen gehen. Das wird für alle Beteiligten – Lehrkräfte, Schulleitungen, Schüler_innen, Studierende, Dozent_innen, Fachseminarleiter_innen – definitiv eine große Herausforderung. Ich bin in einer Arbeitsgemeinschaft in der Bildungsverwaltung, wo wir das alles konzipieren. Was definitiv geklärt werden muss, ist die Frage, wie die drei betreuenden Akteure – Dozent_innen der Uni, Mentor_innen an den Schulen und Fachseminarleiter_innen – gut koordiniert werden können, sodass die Studierenden nicht ständig von drei Seiten völlig verschiedene Ratschläge bekommen, wie guter Unterricht aussieht.

Hierfür müssen unter anderem die Mentor_innen so qualifiziert werden, dass sie die Studierenden ein halbes Jahr lang gut begleiten können und den Fokus in der Betreuung vor allem auf die Vorbesprechung von Unterricht legen. Dafür gibt es die FU-Mentorenqualifizierung, die ich derzeit leite. Ich glaube, dass die gute Betreuung der Studierenden außerdem davon abhängt, ob die Lehrkräfte für ihren Zeitaufwand zwei Abminderungsstunden bekommen – das ist wiederum eine politische Frage. Von der Mentorenqualifizierung für die Fachseminarleiter_innen erhoffen wir uns außerdem, dass die klassische Defizitorientierung reduziert wird und langfristig auch in der zweiten Ausbildungsphase die Vorbesprechung einen größeren Stellenwert bekommt. So ließe sich die Lehrkräftebildung in Berlin mittelfristig optimieren

und an dieser Stelle ist auch das Geld da.

Studierende sind oft der Meinung, statt des Praxissemesters wäre es sinnvoller, wenn man vom Bachelor an eher eine Art duales Studium hätte, in dem man kontinuierlich einen Tag pro Woche in der Schule ist und erste Unterrichtserfahrungen sammelt. Halten Sie diese Forderung für realistisch?

Ich glaube, Berlin ist da immer ziemlich speziell, weil es wirklich um Massen an Menschen geht. Wenn Sie von tausend Studierenden pro Jahrgang ausgehen und diese alle im Bachelor und Master an die Schule gebracht werden sollten, würden die Lehrkräfte letztendlich nur noch Studierende betreuen und gar keinen Unterricht mehr geben. Mit Ihrer Frage sprechen Sie eine ganz alte Debatte an: Sollte man eher dem Konzept einer Pädagogischen Hochschule mit viel Praxis folgen oder das Studium gestalten, wie es derzeit bei uns läuft? Ich würde sagen, es gibt kein besser oder schlechter. Für viele Studierende ist gar nicht so klar, dass sie Lehrer_innen werden wollen. Diese Studierenden würden uns gerade im Bachelor verloren gehen. Für die Persönlichkeitsentwicklung ist es vielleicht ganz gut, für ein paar Jahre nicht in der Schule zu sein. Allerdings ist es natürlich auch vorteilhaft, dauerhaft vor Ort zu sein und den Beruf kennenzulernen. Wenn ich die Expertise erwerben will, mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten, gibt es aber gerade in Berlin sehr viele Möglichkeiten, Bildungsarbeit zu machen. Die Erfahrungen, die man dort ohne Noten und Lernzielerreichung nach 45 Minuten, aber mit Unterrichten und Gruppenleitung macht, bringen für die Schule unglaublich viel. Wenn man das wirklich möchte, hat man die Möglichkeiten. Der Unterschied ist nur – das eine ist staatlich vorgegeben und das andere ist freiwillig.

Noch eine letzte Frage: In welcher Rolle sehen Sie Politiklehrkräfte in Bezug auf Pegida und ähnliche Entwicklungen?

Ich bin eine Romantikerin – ich glaube wirklich, dass die politische Bildung was bringt. *(lacht)* In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Pegida wurde schnell darauf hingewiesen, dass es kaum ein Bundesland gibt, das so wenig in die politische Bildung investiert wie Sachsen. Statt des klassischen Rechtsextremismus gibt es eine viel deutlichere und ansteigende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Sinne von Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus, Antiziganismus. Politische Bildung, die über Institutionenkunde hinausgeht und die auch auf die Einstellungen der Lernenden eingeht, hat die Chance, mit Vorurteilen umzugehen. Insofern ist es für mich eine unhaltbare Situation, dass es hier in Berlin fast keinen Politikunterricht bis Klasse 10 gibt.

Zumindest in Berlin ist Politische Bildung inzwischen ein ganz elitäres Fach. Die Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe kommen oft aus Elternhäusern, in denen Politik schon eine Rolle spielt. Wenn Schüler_innen bis Klasse 10 keine politische Grundbildung erhalten und sie kein Abitur machen, dann bleibt die Politik für sie eine fremde Welt. Die politische Sprache ist komplex - Pegida, Rechtsextremisten und auch die AfD verwenden dagegen eine Sprache, die so leicht ist, dass die Menschen sie verstehen. Die Gefahr für eine Demokratie ist, dass Politik nur noch für die gemacht werden muss, die wählen – und das sind die, die zum Establishment gehören. Berlin ist das Bundesland, das zwar die meisten politischen Institutionen beherbergt, aber zugleich seinen Jugendlichen Politik vorenthält und auch darum weiß. Das ist nicht fair. Berlin ist außerdem eine Hochburg für „Anwerbestrategien" von IS, Salafisten oder Neonazis. Vor diesem Hintergrund kann ich nicht verstehen, dass die Berliner Bildungspolitik die Augen vor den Problemen verschließt und hofft, keiner verweist hier auf mögliche bildungspolitische Zusammenhänge.

Ein weiteres Problem ist derzeit, dass die Stundentafel der Politischen Bildung in Bezug auf die neuen Lehrpläne gar nicht noch einmal diskutiert wird, weil man es sich mit den Geschichtslehrer_innen nicht weiter verscherzen möchte. Dabei wäre jetzt genau der Zeitpunkt. Vor einigen Wochen stand auf der Agenda, was an den neuen Lehrplänen noch geändert werden muss – und Politische Bildung war nicht dabei. In der Onlinebefragung zu den Lehrplänen kam heraus, dass Politikunterricht an vielen Schulen derzeit kaum oder gar nicht stattfindet. Man hat viel Geld und Lebenszeit in die Entwicklung eines Lehrplans gesteckt, der nicht umgesetzt werden kann, weil es keine Stunden dafür gibt. Das ist echtes Absurdistan. Vor dem Hintergrund der bildungspolitischen Entwicklung kann man sich nur an den Kopf fassen.



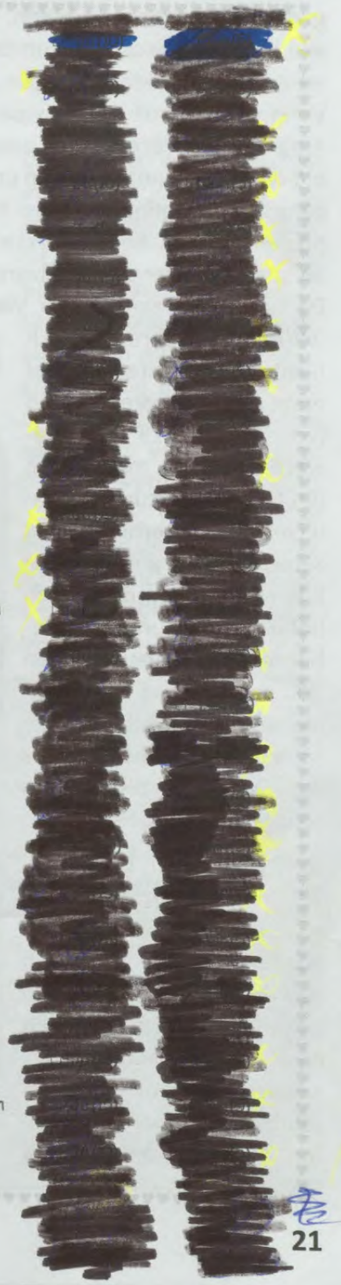
Wie linksextrem bist du?

Mach unseren Test und finde es heraus...



Die Auflösung findest du auf Seite 30

1. Nur im Sozialismus/Kommunismus ist ein menschenwürdiges Leben möglich
2. Der Sozialismus/Kommunismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde
3. Die soziale Gleichheit aller Menschen ist wichtiger als die Freiheit des Einzelnen
4. Zur Durchsetzung politischer Ziele ist auch der Einsatz von Gewalt gegen Personen erlaubt
5. Die deutsche Ausländerpolitik ist rassistisch
6. Kapitalismus führt letztlich zu Faschismus
7. Eine wirkliche Demokratie ist nur ohne Kapitalismus möglich
8. Kapitalismus führt zwangsläufig zu kriegerischen Auseinandersetzungen
9. Durch die zunehmende Überwachung durch Staat und Politik werden wir immer mehr zu einer Diktatur
10. Unternehmerische Freiheit ist die Grundlage für unseren Wohlstand
11. In unserer Demokratie werden Kritiker schnell als Extremisten abgestempelt
12. Das staatliche Gewaltmonopol sollte auf jeden Fall beibehalten werden
13. Unsere Demokratie ist keine echte Demokratie, da die Wirtschaft und nicht die Wähler das Sagen haben
14. Die Überwachung von linken Systemkritikern durch Staat und Polizei nimmt zu
15. Nationalstaaten sollten abgeschafft werden
16. Der Kapitalismus führt zwangsläufig zu Armut und Hunger
17. Für Rechtsextremisten sollte es keine Meinungsfreiheit und kein Demonstrationsrecht geben
18. Die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht besser - wir brauchen eine Revolution
19. Deutschland sollte prinzipiell alle Personen aufnehmen, die in unserem Land Zuflucht suchen
20. Ich sehe die Gefahr eines neuen Faschismus in Deutschland
21. Die deutsche Polizei ist auf dem rechten Auge blind
22. Der Kapitalismus muss überwunden werden, um die Herrschaft einer kleinen Minderheit über die große Mehrheit abzuschaffen
23. Eine tief verwurzelte Ausländerfeindlichkeit lässt sich bei uns in Deutschland überall im Alltag beobachten
24. Zur Durchsetzung politischer Ziele ist auch der Einsatz von Gewalt gegen Sachen erlaubt



Uni-assist: Diskriminierung und Chaos bei internationalen Bewerbungen

Die Freie Universität bezeichnet sich als eine internationale Netzwerkuniversität und legt großen Wert darauf, dies zu betonen. Derzeit gibt es insgesamt mehr als 7000 internationale Studierende und Promovierende an der Universität, und Neubewerber_innen werden immer wieder ermutigt. Jedoch ist ihr Weg zum Studium alles andere als einfach.

Von Klara Hippler und Tamara Pataki

Alle, die über eine ausländische Hochschulzugangsberechtigung verfügen, müssen sich nicht wie ihre inländischen Kommilitonen_innen direkt an der Hochschule bewerben, sondern über den Verein „uni-assist e.V.“. In der Theorie ist es die Aufgabe des Vereins, das ausländische Abitur in ein deutsches umzurechnen und die Hochschulzugangsberechtigung auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Anschließend müssen sie die Unterlagen an die betreffende Universität weiterleiten. Da uni-assist ein privater Verein ist, ist das Bewerbungsverfahren auch nicht mehr kostenlos: der erste Antrag kostet 75 und jeder weitere 15 Euro. Bewerber_innen mit einem deutschen Abitur müssen dagegen weiterhin nichts zahlen. Da ausländische Bewerber_innen dazu noch hohe Kosten durch Bankgebühren, Beglaubigungen und den Versand von Dokumenten haben, führt dies zu einer Entstehung eines von Grund auf diskriminierenden Systems.

Der Prozess läuft in der Praxis meist auch nicht so, wie er sein sollte. Immer wieder beschweren sich Bewerber, dass wichtige Unterlagen verloren gehen oder nicht weitergeleitet werden, was zur einer Versäumung von Fristen führen kann. Knapp jede_r vierte fällt durch die Vorprüfung von uni-assist durch. Dies bedeutet, dass die Bewerbung gar nicht erst an die betreffende Hochschule weitergeleitet wird.

Außerdem ist der Verein notorisch schwer zu erreichen. Wer anruft, landet meist in einer bis zu dreißigminütigen Warteschleife und E-Mails werden erst nach Tagen beantwortet. Bürosprechstunden wurden bereits abgeschafft. Oft führt eine Nachfrage oder Beschwerde auch zu einem Hin und Her zwischen Hochschule und Verein, weil erstere sich nicht zuständig fühlt und letzterer oft schwer zu erreichen ist. Da meist keine der beiden Institutionen eine genaue Antwort hat oder jegliche Form von Verantwortung übernehmen will, führt dies zu meist unübersichtlichen Situationen, die besonders aus dem Ausland schwer zu durchschauen sind. Dies ist sehr unprofessionell, denn uni-assist ist gerade an diejenigen gerichtet, die sich nicht von Deutschland aus bewerben.

Dieses hochkomplizierte Verfahren wirft die Frage auf, ob uni-assist für die Bewerber_innen und sogar für die Universität tatsächlich eine Hilfe ist, oder ob eine Alternative eingeführt werden sollte, die diese monetäre Diskriminierung verhindert.

Diese Frage hat sich auch der AStA auch gestellt, und daraufhin eine studentische Bewegung gegen uni-assist initiiert. Es wurde eine Vollversammlung organisiert, in der die Problematik im studentischen Rahmen diskutiert wurde. Dort hatten mehrere internationale Student_innen die Chance, über ihre Erfahrungen mit uni-assist zu berichten. Dabei erntete der Verein alles andere als Lob. Fall über Fall von gescheiterten oder fast gescheiterten Anträgen und mangelhafter Kommunikation kam ans Licht. Anschließend gab es eine spontane Demonstration von der Vollversammlung zu der Sitzung des Akademischen Senats, wo ein Antrag zur Abschaffung von uni-assist eingereicht wurde.

Der Antrag warf uni-assist vor, diskriminierend zu sein, da die zu zahlenden Gebühren gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen. Es wurden außerdem Alternativen vorgestellt, die uni-asist ersetzen könnten, wie zum Beispiel der Vorschlag, dass die Universität ausländische Bewerbungen selbst entgegennimmt. Der Antrag wurde diskutiert, aber jedoch nicht zugelassen. Knapp einen Monat später wurde die Frage nochmal im AS debattiert und es kam zu einer Abstimmung - gegen den Antrag. Uni-assist bleibt.

„Ich habe leider gemischte Erfahrungen mit uni-assist gemacht. Anfangs lief noch alles super, bis ich plötzlich ein paar Tage vor Ende der Bewerbungsfrist einen Brief bekam, in welchem stand, dass meine Bewerbung unvollständig sei und vor Ablauf der Frist ein Dokument nachgereicht werden müsse. Da dies auch noch beglaubigt werden musste, war alles sehr knapp, aber ich habe es letztendlich doch noch geschafft, es rechtzeitig loszuschicken. Dann kam erst mal nur noch Funkstille; ich hatte keine Ahnung, ob meine fehlenden Dokumente uni-assist erreicht hatten, ob meine Hochschulzugangsberechtigung genehmigt und meine Bewerbung an die Freie Universität weitergeleitet worden war. Lange nach Ablauf der Frist hatte ich endlich genug davon, nichts zu wissen und beschloss, uni-assist anzurufen. Als ich nach einer langen Warteschleife endlich jemanden erreichte, wurde mir gesagt, dass alles geklappt hätte und meine Bewerbung erfolgreich an die Universität weitergeleitet worden war. Dies wäre mir laut uni-assist schon längst bekannt gemacht worden und es wäre meine Schuld, dass ich diese verloren hatte. Nach wenigen Minuten erschien die E-Mail in meinem Postfach und ein paar Tage später kam auch der Brief an. Es war sehr stressig, so lange im Dunkeln gehalten zu werden und ich hätte meine Bewerbungsfrist um ein Haar verpasst, wenn der Brief von uni-assist mich nur einen Tag später erreicht hätte.“ (Bewerber_in aus England)

„Meine Bewerbung für den Masterstudiengang Englisch Studies ist wegen uni-assist zunächst fehlgeschlagen. Ich habe alle Unterlagen rechtzeitig abgegeben und zwei Wochen vor Ende der Bewerbungsfrist hat uni-assist auch bestätigt, dass sie vollständig angekommen seien. Trotzdem erhielt ich eine Absage von der Universität mit der Begründung, meine Sprachkenntnisse seien mangelhaft. Ich konnte nicht feststellen, wo das Problem lag, und hatte sofort gedacht, die Ergebnisse meiner Englisch-Sprachprüfung seien nicht gut genug. Als ich ein halbes Jahr später hier in Berlin Urlaub machte, entschied ich mich, die Uni zu besuchen, um zu fragen, wie ich meine Ergebnisse verbessern könnte. Erst hier hat sich herausgestellt, dass die Uni meine Sprachprüfung nie bekommen hat, uni-assist hat sie einfach nicht weitergeleitet! Als ich das herausfand, wurde ich sehr wütend, aber auch hilflos, denn weder die Universität noch uni-assist wollte sich zunächst mit mir beschäftigen oder die Verantwortung übernehmen. Allein der AStA hat mir eine Hilfe geleistet, sie haben mir sprachliche und rechtliche Unterstützung gegeben. Nur so konnte ich von der Universität das Versprechen erreichen: für das nächste Wintersemester werde ich zugelassen. Aus rechtlichen Gründen aber nur, wenn ich mich wieder durch uni-assist bewerbe. Ich musste also genau die gleichen Unterlagen nochmal zuschicken und das Geld erneut bezahlen. Der ganze Prozess war unwahrscheinlich schwer und stressig, und ich habe ein ganzes Jahr wegen uni-assist verloren!“ (Bewerber_in aus Serbien)

„Ich halte mich für glücklich mit meiner uni-assist-Erfahrung, obwohl sie auch mein Bewerbungsverfahren stressig gemacht haben. Ich war ständig verzweifelt, da auf meine Fragen nur sehr spät eine Antwort kam. Uni-assist stellt sich als eine hilfreiche Vorprüfungsstelle dar, die gegebenenfalls auf noch fehlende Dokumente aufmerksam machen kann. Allerdings erhielt ich den Bericht über meine Unterlagen erst wenige Tage vor Bewerbungsschluss. Hätte etwas gefehlt, hätte ich kein Chance gehabt, es nachzureichen. Die schriftliche Benachrichtigung erhielten meine Eltern in Ungarn erst im November, fast zwei Monaten nach dem Anfang meines Studiums.“ (Bewerber_in aus Ungarn)

Studieren im Baltikum: Erasmus in der estnischen Hauptstadt Tallinn

Wenn man an Erasmus denkt, kommt einem schnell das Bild von spanischen Strandpartys oder englischen Campus-Unis in den Sinn. Mich zog es dagegen in den Osten, wo ich auch im Winter bei -20 Grad in der estnischen Hauptstadt Tallinn ein unvergessliches Semester erlebt habe. Denn die kleine Stadt im Baltikum hat einiges zu bieten.

Von Simone Drews

Mein erster Gedanke, der mir nach einer überraschenden Zusage für ein Erasmussemester an der estnischen Tallinn University of Technology kam, war zunächst einmal: Wo genau befindet sich eigentlich diese Stadt, in der ich sechs Monate leben werde? Wenn man sich ein wenig schlau macht, wird man überrascht von der erstaunlich günstigen Lage des kleinen Landes. Nur zwei Stunden mit der Fähre zu der finnischen Hauptstadt Helsinki, nur ein paar Busstunden in die baltischen Hauptstädte Riga und Vilnius und nah an der Grenze zu Russland gelegen, bot Estland mir vorerst ausreichend Möglichkeiten, in meinem Erasmusaufenthalt die Umgebung zu entdecken. Und ich wurde nicht enttäuscht: Tallinn überzeugte mich sofort mit seiner beeindruckenden mittelalterlichen Architektur und seinen engen Gassen, spitzen Türmen und imposanten Stadtmauer.

Wer sich von dem touristischen Stadtkern und den in Ritter- und Burgfräuleinkostüm verkleideten Balten auf dem Tallinner Marktplatz entfernt, wird über die hochmoderne und technikaffine Stadt erstaunt sein: In Estland werden die meisten Dinge elektronisch geregelt, vom Busticket bis zu den Wahlen („E-Voting"). Damit sind die Balten uns Deutschen ein ganzes Stück voraus. Die Telefon-Software Skype wurde von einem Esten erfunden und das Land gilt nicht umsonst als WLAN-Paradies. Auch in meinem Studium war ich überrascht von der modernen Universität und den Seminaren, die größtenteils immer einen Medienbezug hatten. Die meisten Räume waren mit Computern ausgestattet und die Dozenten nutzen auch häufig ein eigenes Tablet oder Smartphone. Außerdem gibt es in der Uni anstatt eines Lageplans auch mehrere Touchscreens, die einen durch das Labyrinth der zehn Gebäude führen. In der Mensa erwartet einen täglich eine Mischung aus Fleisch und deftigen Beilagen. Vegetarier mussten sich meist mit nur einem Gericht zufrieden geben, und auch der Begriff Vegan war in Tallinn noch nicht weit verbreitet.

Positiv überrascht hat mich aber, dass so viele Menschen so gut Englisch sprachen, wodurch ich leider nicht verleitet wurde, mich der estnischen Sprache anzunähern. Da auf der ganzen Welt nur etwa eine Millionen Menschen diese Sprache gebrauchen, war meine Motivation größer, mich zunächst dem Russischen zu widmen. In Estland sprechen viele Menschen Russisch. Es gibt Geschäfte,



Bei einem Ausflug nach Lappland lernten wir die typisch finnische Kultur kennen und ließen uns in einem Schlitten spazieren fahren

Märkte und ganze Viertel, in denen man bereits auf Russisch begrüßt wird und die Leute selten Estnisch sprechen. In meinen Seminaren war die Unterrichtssprache jedoch immer Englisch, deshalb kam ich leider kaum in Berührung mit estnischen Studierenden.

Insgesamt waren wir ziemlich frei in der Wahl unserer Kurse; ich konnte daher auch Seminare oder Sprachkurse an anderen Fakultäten besuchen. Allerdings war man selbst für die Anrechenbarkeit dieser an der Heimatuni verantwortlich. Die Kurse waren meist gut besucht, in vielen Seminaren herrschte auch Anwesenheitspflicht. Neben den zahlreichen Erasmus-Studierenden zieht es auch viele Finnen zum Studium nach Tallinn, was häufig finanzielle Gründe hat. Estland ist zwar nicht spottbillig, aber mit Berliner Lebenshaltungskosten kann man dort aufgrund der niedrigen Miete einiges unternehmen, von Reisen bis hin zu günstigen Restaurants- und Kneipenbesuchen. Meine Dozent_innen waren Erasmus-Studierenden gegenüber immer positiv gestimmt und störten sich nicht daran, wenn man wegen eines organisierten Ausflugs mal ein paar Sitzungen verpasste. Einerseits war das Studium dadurch sehr entspannt, andererseits hielt sich der fachliche Lerneffekt etwas in Grenzen. Auf Klausuren musste man sich nur kurzzeitig vorbereiten, verpasste Prüfungen konnten Erasmus-Studierende teilweise auch individuell nachholen.

Für uns blieb dafür mehr Zeit Land und Leute zu entdecken. Da Tallinn direkt am Meer liegt,



Von der Altstadt aus hat man den besten Blick auf die kleinen Gassen und den Hafen der baltischen Hauptstadt

kann man sich im Sommer zwar auf sonnige Badetage freuen, im Wintersemester war ich dagegen begeistert von einer endlos zugefrorenen Ostsee. Trotzdem muss man sich erst daran gewöhnen, im Winter bei -20 Grad durch die Stadt zu spazieren. Da wundert es einen nicht, viele Esten auf der Straße in Skiklamotten anzutreffen.

Das Klischee, dass alle Esten unterkühlt sind und man nicht zu viel Freundlichkeit erwarten sollte, hat sich für mich nicht bestätigt. Wenn man erst mal Einheimische kennenlernt, was sich für Erasmus-Studierende leider schwierig gestaltet, kann man sich auf ehrliche und freundliche Menschen einstellen. Dennoch sollte man keine überschwängliche und lebhafte Stimmung in Bus und Bahn oder im Supermarkt erwarten. Die Esten sind trotzdem ein feierfreudiges und stolzes Volk. Von einem traditionellen estnischen Liederfest („Üldlaulupidu") mit hundertausenden Besuchern zu typisch estnischem Likör („Vana Tallinn") haben die Esten ihre ganz eigenen Vorlieben.

Neben dem historischen Stadtkern gibt es außerdem zahlreiche moderne Gebäude und sämtliche westliche Handelsketten. Der Rest von Estland ist dafür relativ ruhig und ländlich, da fast die Hälfte der estnischen Bevölkerung in der Hauptstadt lebt. Nicht selten trifft man auf verlassene Hütten mitten im Wald oder kleine Dörfer, die vom Tourismus noch nicht entdeckt wurden. Trotzdem zog es mich nach solchen Ausflügen immer wieder zurück in die Hauptstadt. Denn man kann sich dort nach kurzer Zeit schon sehr gut einleben und freut sich auf die Vorzüge von beheizten Bussen, guten estnischen Pfannkuchen und einem Blick auf die Ostsee.

Let's Get Beyond Taboos!

OSI-Absolvent Carsten Spandau berichtet über die Situation von LGBT-Menschen in Ungarn und stellt das Uni-Forschungsprojekt „Let's Get Beyond Taboos!" vor.

Im Grunde ist 2015 bereits jetzt ein großartiges Jahr für Homosexuelle. Das erzkonservative und katholisch geprägte Irland öffnet die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare als erstes Land der Welt per Referendum. In den USA feiert Obama die Abschaffung der Ungleichbehandlung als „victory for America" und auch in Deutschland sitzen zumindest mehr und mehr LGBT-Vertreter_innen in den Rundfunkräten und Medienkommissionen (und die CDU macht sich zunehmend lächerlich). Gefühlt kommt endlich wieder Bewegung in die Sache. Nicht überall, aber gelegentlich dort, wo es zumindest erwartet werden kann. Wie auch im EU-Mitgliedsland Ungarn – doch dort bewegt sich nichts. Viktor Orbán probt höchstens eine Rückwärtsrolle.

Im vergangenen Jahr berichtete SPIEGEL ONLINE über den bekannten Kulturfunktionär Imre Kerényi, der auf einer Podiumsdiskussion des Christlichen Theaterfestivals in Budapest sprach. Seiner Meinung nach müsse man den "Kampf mit der Lobby der Schwuchteln aufnehmen". Es ginge ihr nur darum, christliche Werte "zu bespucken und alles in Zweifel zu ziehen". Er fügte auch hinzu, dass sich Ungarn "vor [diesen] schädlichen Einflüssen verteidigen" müsse. Ähnlich äußerte sich Anfang Juni 2015 auch der Bürgermeister von Budapest István Tarlós über die am 11. Juli stattfindende Pride Parade und betitelte sie als "unnatürlich und ekelhaft". Dies überrascht nicht, denn schon 2011 bat Klaus Wowereit um Unterstützung für die schwullesbischen Eurogames. Tarlós weigerte sich. Auch darüber hinaus sind größere LGBT-Events in Ungarn ohne die Anwesenheit der Polizei nicht möglich. Homophobie ist allgegenwärtig und gesellschaftlich sowie politisch noch immer salonfähig.

So entwickelte sich die Motivation im Rahmen des Masters Osteuropastudien an der FU ein Forschungsprojekt zur Situation von LGBT-Menschen, vorrangig aber in Bezug auf Homosexualität, in Ungarn durchzuführen. Genau wie ich kommt Nóra Szabó vom OSI (Bachelorstudium) und zudem ist sie in Ungarn geboren und aufgewachsen. Sie selbst hatte zunächst eine homophobe Einstellung, bevor sie nach Berlin kam und durch ihr neues Umfeld eine positive Meinung entwickelte. Zusammen mit vier weiteren Kommiliton_innen machten wir uns im März / April diesen Jahres auf den Weg nach Budapest, um Interviews mit bekannten Persönlichkeiten aus Politik, Medien, Kultur, Wissenschaft und der LGBT-Community zu führen. Außerdem trafen wir eine schwule Hochschulgruppe, die an ihrer Universität nicht offiziell existieren durfte. Unser Fragenkatalog zielte auf die persönliche, gesellschaftliche und politische Ebene, sodass wir uns ein umfassendes Bild verschaffen konnten. Diese Projektphase wurde bereits mit der Interviewauswertung und Anfertigung einer Ergebniszusammenfassung abgeschlossen.



Das Team von „Let's Get Beyond Taboos!" vorm Budapester Parlament im April 2015: Stelian Dumitrache, Nóra Szabó, Maria Dziobek, Carsten Spandau, Johanna Seeger (v.l.n.r., ohne Franziska Meyer)

Kurz gefasst war festzustellen, dass es an alltäglicher Sichtbarkeit von Homosexuellen fehlt. Ebenso mangelhaft ist das Verständnis von konservativen und christlich geprägten Menschen gegenüber sexueller Vielfalt und die Aufklärung darüber in den Schulen. Die Rolle der Kirche ist indessen essentiell und auch die Behandlung der Thematik als Minderheitenproblematik wurde daher von uns kritisch betrachtet. Besonders überrascht waren wir von einem Leiter einer katholischen Schule (im Rahmen des Projekts jedoch ausdrücklich als Privatperson interviewt), der uns mit seiner Vorstellung von Akzeptanz beeindruckte und inspirierte:

"It's very interesting to talk about this issue because LGBT people are 3 to 10 % of society. [...] And you could say that it's not so important because it affects only a small part of society and it's given too much attention in society and political life. But I think that somehow this question [...] lets emerge very important issues in society. I think that it's absolutely true if the church learns how to accept LGBT people – not in the way "yes, we accept these abnormal people and we are very good Christians to accept them" but to accept them as they are part of reality – and as we are also abnormal – everyone is abnormal – acceptance should mean accepting the abnormality in each of us. I think if the church learned this through the issue of homosexuality it would be an enormous step forward to a better and more just society.".

Momentan befinden wir uns in der zweiten Projektphase, die das Ziel verfolgt, am 9. Juli eine Podiumsdiskussion in Budapest mit dem Titel „Coming out to Hungary" zu veranstalten. Damit reihen wir uns in eine Vielzahl von Veranstaltungen rund um den Budapester Christopher Street Day ein und hoffen, möglichst viele Menschen zu erreichen, um zusätzliche Öffentlichkeit für die LGBT-Community in Ungarn herzustellen. Bestenfalls gelingt es uns, unserem Projektnamen Rechnung zu tragen. Mit „Let's Get Beyond Taboos!" versuchen wir, der Tabuisierung von Homosexualität und LGBT-Menschen in Ungarn entgegenzuwirken.

Für weitere Informationen und bei Interesse am Projekt: project-hungary@mail.de

Kleine Geschichten der kleinen Häuser

Die Villen der kleinen Fächer mögen seit der Fertigstellung der Holzlaube der Vergangenheit angehören; dennoch stellten sie über Jahre und Jahrzehnte einen Teil des Studienalltags an der FU dar. Aber wie kamen die Villen eigentlich in den Besitz der Uni? Wem gehörten sie davor und welche Ereignisse sind mit ihnen verbunden? Die wenigsten von uns dürften sich für diese Frage interessiert haben; doch mit der Verabschiedung der Villen wird es womöglich Zeit, sich mit einem Stück Unigeschichte auseinanderzusetzen.

Von Klara Hippler, Yulia Kudryavitskaya

Institut für Klassische Archäologie, Otto-von-Simson-Straße 11

Die Villa aus den 1920er Jahren übersteht den Weltkrieg trotz Bombenschäden. Doch auf den Besitzer, Direktor Malschewski, kommt bald darauf eine Untersuchung zu. War seine Erwerbung des Hauses im Jahr 1938 tatsächlich rechtskräftig – oder wurde der jüdische Vorbesitzer und Erbauer Ernst Joachimssohn zum Verkauf gezwungen?

Malschewskis offizieller Aussage nach habe Joachimssohn ihm das Haus freiwillig überlassen, um in das Stadtzentrum zu ziehen. Das Gericht schenkt ihm Glauben; mit den Nachkommen kommt es dennoch zu Sonderverhandlungen bezüglich der Ungleichheit von Kaufpreis und Wert. Anfang der 50er Jahre zieht dann das Archäologie-Institut der FU in die Villa.

Das Ehepaar Joachimssohn erlebt davon nichts mehr – unter der wachsenden Bedrohung von sich häufenden Deportationen nach Auschwitz begingen sie 1943 Suizid.

Institut für Koreastudien, Fabeckstraße 7

Heute kämpfen Wissenschaftler_innen der FU dafür, Tierversuche zu beenden – vor gut 50 Jahren waren sie auch hier eine Realität. Nach der Erwerbung durch die Universität 1966 werden im damaligen Gebäude der Veterinär-Medizin Versuchshunde untergebracht; mit der Bedingung, dass sie die Nachbarschaft nicht durch ihr Bellen belästigen. Doch das scheint sich schwierig zu gestalten und schon bald wird das Haus an die Studierendenvertretung abgegeben. Im Nebengebäude hingegen bleibt noch lange das Institut für Fleischkunde untergebracht.

Ägyptologisches Seminar, Altensteinstraße 33

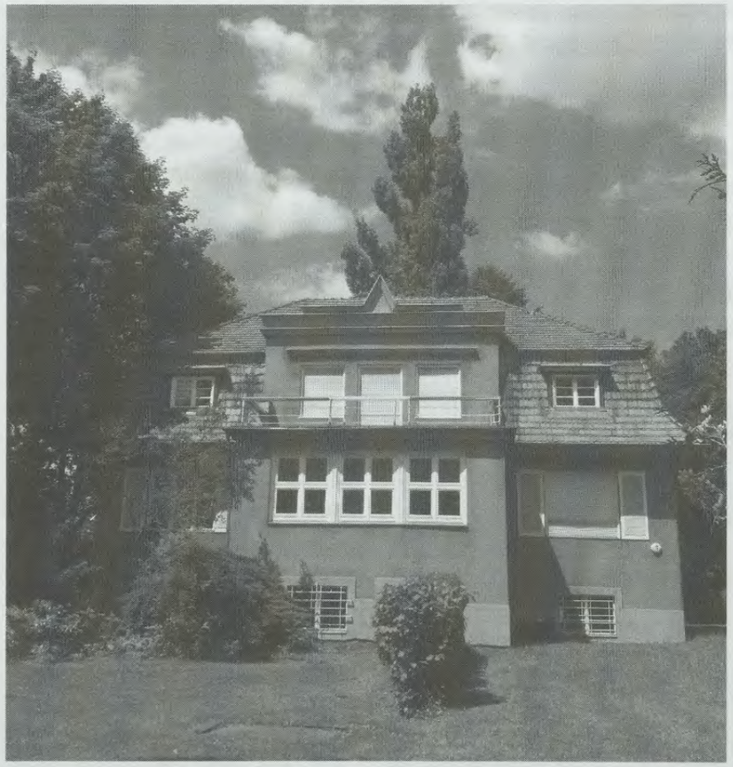
Nur zwei Jahre nach dem Kauf verliert der jüdische Baumeister Max Abraham 1933 das Haus im Zuge der Verfolgung durch die Nationalsozialisten. Nach einer Reihe von Besitzern wird es 1949 schließlich von der Freien Universität gemietet. Abraham überlebt die NS-Zeit und beantragt die Rückgabe des Hauses; er stirbt 1951, ohne eine Klärung des Falls mitzuerleben. Aber auch seine Erben können keine Rückerstattung erreichen – nach der Ablehnung des Antrags bleibt das Gebäude Teil der FU und wird ihr schließlich 1975 von dem Land Berlin übergeben.



Das Institut für Korea-Studien

Institut für Religionswissenschaft, Goßlerstraße 2-4

Um 1900 ist Dahlem noch Vorstadt – und das Gebäude in der heutigen Goßlerstraße das „Mariannenhaus", ein religiöse Erziehungsheim für „gefährdete Mädchen" aus Berlin. Das Heim entwickelt sich zu einer Haushaltsschule, aber dann wird es von den Wirren des Kriegsendes erreicht. Obwohl die meisten Bewohnerinnen zu ihren Familien geschickt werden, können die Betreuerinnen die Mädchen nicht beschützen: Mehrere fallen sexuellen Übergriffen durch sowjetische Soldaten zum Opfer. Doch ein Hilfegesuch der Leiterin stößt bei einem Kommandanten, dessen Schwester von deutschen Soldaten vergewaltigt worden war, nicht auf taube Ohren. Durch ein Schreiben sind die Bewohnerinnen nun geschützt; das Heim wendet sich aber bald der Unterbringung von Kindern und Obdachlosen zu. Später verliert sich seine Spur, bis zur Anmietung des Geländes durch die Universität 1970.



Das Insititut für klassische Archäologie

Hauptquelle für diesen Artikel ist der Band „Großes Haus für Kleine Fächer. Von der Villenkultur zum neuen Campus der Freien Universität Berlin" von Simone Ladwig-Winters. Dort könnt ihr euch über Geschichte und Architektur dieser und weiterer Villen in Dahlem informieren.

Einmischen und Mitmischen?

Kritischer Geist und Optimismus sind kein Widerspruch - unter diesem Credo haben sich junge Menschen verschiedener Fachrichtungen zusammengeschlossen und die Idee für einen Grassroot Think Tank entwickelt, der Außen- und Europapolitik aus der Perspektive ihrer Generation diskutiert. Das Besondere dabei - jeder kann mitmachen.

Von Leonie Schlick

Die Idee, den politischen Diskurs um ihre Stimme zu bereichern, entstand in einem Biergarten. So schildern die Mitglieder des neu gewählten Vorstandes den Gründungsmythos von Polis180 am 20.06. auf der offiziellen Gründungsveranstaltung im Allianz-Forum. Obwohl der thematische Schwerpunkt auf Außen- und Europapolitik liegt, geht es den Mitgliedern nicht nur um die Inhalte. Auf der Gründungveranstaltung erzählen sie von ihrer Vision von Polis180 als inspirierend, kreativ, fördernd und integrativ. Indem Nachwuchsexpert_innen aller Fachrichtungen vereint werden, neue Ideen und innovative Konzepte erarbeitet und bewusst Talente in ihrer Entwicklung unterstützt werden sollen, agiere Polis180 als ein parteiübergreifender multidisziplinärer Verein, der zwischen verschiedenen Standpunkten „übersetzt".

Weltoffenheit, Toleranz und Förderung der Demokratie – hinter dem Konzept steckt eine Reihe junger Menschen aus Deutschland und der Schweiz, unter anderem aus den Fachrichtungen Politikwissenschaft oder Geschichte. Immer wieder betonen sie die Freiheit und Ungebundenheit von Polis180 hinsichtlich der Themenwahl und Programmgestaltung. Eine inklusive Plattform zum Mitmachen für jeden mit dem entsprechenden Interesse, das will man bieten.

Mit Start-Up-Ethos und erfrischenden Konzepten wollen die Gründungsmitglieder Defizite in der politischen Landschaft füllen. Dabei sprechen sie unter anderem von Übersetzungsleistung zwischen Fachgebieten, innovativen Formaten und dem uneingeschränkten Zugang zur Teilnahme an Programmen.

Auch der eingeladene ehemalige Staatssekretär und Botschafter a.D. Klaus Scharioth betont die Notwendigkeit der Integration junger Stimmen im politischen Diskurs. Gerade weil es heute kaum noch Probleme gebe, die auf rein nationaler Ebene gelöst werden können, sei es wichtig, die Internationalität zu fördern und die nächste Generation der Außen- und Europapolitik in diesen Prozess zu integrieren. Um diese Herausforderungen zu meistern, haben die Gründungsmitglieder des Vereins Arbeitsgruppen gebildet. Die großen Oberthemen sind hier: Frieden und Sicherheit, Europäische Union und Migration. Dazu bilden sich kleinere Untergruppen wie beispielsweise zum hochaktuellen Thema TTIP. In diesem Rahmen finden dann Programme statt, welche die entsprechenden Themen in verschiedenen Veranstaltungsformaten angehen und diskutieren. Dazu zählen neben Podiumsdiskussionen auch Krisensimulationen oder Open Situation Rooms.

Trotz vieler Ideen und einiger bereits bestrittener Veranstaltungen befindet sich Polis180 im Moment noch im Aufbau. Nachdem der Verein sich am 20.6.15 offiziell gegründet hat und laut Satzung selbstlos tätig ist, also nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke verfolgt, nutzen die Mitglieder die bevorstehende Sommerpause, um ihre Strukturen zu vertiefen und ihre Programme inhaltlich auszuarbeiten. Gleichzeitig wird versucht, eine „möglichst umfassende und diverse Mitgliederbasis" aufzubauen. Diese Mitgliedschaft kostet Studierende laut Beitrags- und Gebührenordnung des Vereins 20,- Euro im Jahr oder 12,- Euro im Semester. Die Mitglieder betonen auf der Gründungsveranstaltung jedoch, dass zwecks sozialer Gerechtigkeit Benachteiligte auch einen Antrag auf weitere Ermäßigung stellen können.

Mit einem Gründungsevent im Herbst will der Verein sich der Öffentlichkeit vorstellen und aktiv am politischen Diskurs mitwirken. Dann wird sich zeigen, wie inklusiv und divers die Mitgliederbasis sein wird und ob den Gründern dieses spannende Projekt in Gänze gelingt.

Wie linksextrem bist du? Die Auswertung

120-135 Punkte: Links lite

Bist du vielleicht heimliches SPD-Mitglied? Du gehst in der Uni brav in die Veggie-Mensa, aber mit deinen Freund_innen triffst du dich doch bei Starbucks. Die gesammelten Werke von Marx und Engels hast du dir auch schon besorgt—nur zum Lesen bist du noch nicht gekommen. Da ging der Summer Sale von Primark dann doch vor: Die hatten nämlich tolle Che-Guevara-T-Shirts für fünf Euro. Und du als echte_r Freiheitskämpfer_in musstest natürlich zuschlagen!

140-200 Punkte: Linksradikal

Vor zwei Jahren warst du noch Mitglied bei der Linksjugend, aber deine Mitgenoss_innen haben dich ständig mit ihren neoliberalen Ideen belästigt. Du arbeitest fieberhaft an der Weltrevolution—nur lässt dir deine Lohnarbeit bei McDonalds dafür gerade so wenig Zeit. Dein Anglistikstudium hast du abgebrochen, weil du verstanden hast, dass das die Sprache des kapitalistischen Feindes ist. Jetzt hast du mit Politikwissenschaft, Nebenfach Russisch begonnen.

200-305 Punkte: Linksextrem

Deine Seele ist wahrhaftig rot. Dein erstes Wort war „ursprüngliche Akkumulation", deine Grundschulhefte waren stets mit Hammer und Sichel verziert. Du belegst Wirtschaftsmodule, um das kapitalistische System stürzen zu können, wenn es nicht an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde geht. Deine Proletarier_innenfreund_innen dürfen niemals dein dunkles Geheimnis erfahren: Du bist Akademiker_in der zweiten Generation.

Dieser Test basiert auf der von Klaus Schroeder entwickelten Linksextremismusskala. Die umfangreiche Pressemitteilung hierzu findet ihr unter: http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:rA3-nQJoT6oJ:www.researchgate.net/
Die Auswertung ist dagegen frei von uns erfunden.

Impressum

Die OSI-Zeitung erscheint am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin.

Verlag	Carsten Spandau Verlag Danziger Str. 144 10407 Berlin carsten.spandau@web.de
V.i.S.d.P.	Carsten Spandau
Herausgeber	Carsten Spandau
C.v.D.	Claudia Zink
Gestaltung	Klara Hippler Tamara Pataki Claudia Zink
Kommunikation	Gesine Wittrich
Titelbild	Pina Kakuschke
Druck	Digitaldruckerei esf-print.de, Berlin
Redakteure	Simone Drews Hana Idzko David Haase Klara Hippler Yulia Kudryavitskaya Tamara Pataki Sarah Putscher Leonie Schlick Carsten Spandau Gesine Wittrich Claudia Zink
Anzeigen:	Carsten Spandau carsten.spandau@web.de

Die in den Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der gesamten Redaktion wider.

Anzeige



OSI CLUB

Verein der Freundinnen und Freunde
des Otto-Suhr-Instituts e.V.

Vorteile für Mitglieder

Der OSI-Club ist nicht nur ein Alumni- oder Förderverein am OSI, er ist auch ein Netzwerk, in dem bereits die Studierenden herzlich willkommen sind. Hier ein paar Beispiele für das, was der OSI-Club macht – und wo seine Mitglieder mitmachen können.

z.B. Besuche am Arbeitsplatz

Zuletzt war der Club im Kanzleramt, bei ZEIT ONLINE, in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz und im Landtag von Brandenburg. Die Besuche am Arbeitsplatz bieten nicht alltägliche Einblicke in die Berufspraxis von OSIanerInnen. Damit erhalten die berufstätigen Mitglieder spannende Einblicke in meist ganz fremde Arbeitsfelder. Und die studierenden Mitglieder haben so die Möglichkeit, ihre Nase mal nicht in Bücher, sondern in Büros, Studios, Repräsentanzen, Parlamente und mehr zu stecken.

z.B. Parlamentarischer Abend

Ob Lisa Paus (Grüne) oder Jana Schimke (CDU), ob Landtag oder Bundestag - Parlamentarische Abende sind vertrauliche Hintergrundgespräche mit OSIanerInnen, die jetzt Mitglied eines Parlamentes sind. Club-Mitglieder bekommen so einen exklusiven Kontakt und unmittelbaren Eindruck von Angehörigen der Legislative.

z.B. der Berufspraxistag

Alle zwei bis drei Jahre lädt der OSI-Club 32 berufstätige AbsolventInnen des Instituts aus acht Berufsfeldern ein, um den Studierenden von heute über ihren Weg in die Arbeitswelt zu berichten.

Und noch ein Vorteil: Internet-Account und lebenslange E-Mail-Adresse bei der ZEDAT

OSI-Club-Mitglieder erhalten einen Standard-Account bei der ZEDAT, d.h. Nutzung der Kommunikations- und Mailserver der ZEDAT sowie der Wählzugänge per Modem und ISDN ins Campusnetz der FU und somit ins Internet. OSI-Club-Mitglieder können also ihre ZEDAT-Adresse auch nach Studienende weiter nutzen.

Ein Netzwerk für heute und später

Alle Club-Mitglieder mit Internet-Zugang erhalten ein Passwort, das ihnen Einlass in einen Bereich verschafft, der exklusiv für die Mitglieder unterhalten wird. Hier befindet sich das Mitgliederverzeichnis, das die Kontaktaufnahme untereinander erleichtert - auch mit Club-Mitgliedern im Ausland.

– Eine Mitgliedschaft lohnt sich. –

Der Mitgliedsbeitrag für Studierende beträgt 20 Euro im Jahr – danach 40 Euro.
Du kannst ganz einfach Mitglied werden: **www.osi-club.de/service/mitglied_werden**

Wenn Du Fragen hast oder uns aktiv unterstützen möchtest, weil dich spannende Themen und Projekte in einem sympathischen Team reizen, dann schicke uns eine Mail an: **info@osi-club.de**